

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:
Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionschluss: Sonnabend.

Insertion.
Für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlesenspreisen 15 Pf. pro Zeile. Beträge nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mitteilungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperrungen und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle an den Ausschuß zu richtende **Beschwerden** und sonstige **Zuschriften** sind an **Richard Hickmann, Dresden, Rabenauerstr. 25** zu adressieren.

Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senefelder-Bund in Liquidation** betreffenden Fragen an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten:
Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion**:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition**:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präkommission**, z. H. **Artur Haring, L.-Anger, Roßbachstr. 3 III Der Hauptvorstand.**

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bel S. Herrmann.
Angerer (für Kupferdrucker).

Eitville. Fischer & Co.

Köln a. Rh. Witte & Co.

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Olobus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölscher & Breimer (für Tapetendrucker).

Lichtenberg (Oberfranken).

Für Chemigraphen:

Berlin. **Chemnitz.** A. Jüllich; Köhler & Richter; **Dresden.** Mittelbach; C. Schenauer; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer.

Stuttgart. Lebr. Köhle

Im Ausland:

Belgien. In der Firma La Lithographie Artistique, Desacée De Brouwer Cie, Brüges sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma, die unter dem Namen Desire Coussemont, rue Besme 41, Brüssel, Steindrucker suchen wird, ist gesperrt.

Dänemark. Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Bülowvej (Kupferdr. u. Chem.).

Holland. Kronnenis: Verwers Metaal-drukery (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Vorarlberg. **Lemberg.**

Krakau. Firma Zorza.

Guntramdorf bei Wien. Wegen Tarifbewegung für Formstecher gesperrt.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Nebenregierung der Scharfmacher. Rundschau. Generalversammlungen und Kongresse. Politische Monatschau. Arbeiterklasse und Kulturinteresse. Was muß der Arbeiter von den Arbeiterversicherungsgesetzen wissen? II. — **Allgemeines:** Zur Tarifreform in den Vereinigten Staaten. Ortsberichte: Leipzig, München. — **Der Lithograph:** Aus den Sektionen: Dresden. — **Die photomach. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Kupferdr.), Berlin (Lichtdr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Die internationale photographische Ausstellung Dresden 1909, I. — **Die Tapetenbranche:** Bekanntmachung. Eine bedeutsame Tagung. Zum Streik in Langenhagen. Aus den Sektionen: Coswig i. S. — **Feuilleton:** Vom Urtier zum Menschen, IV. (Schluß). — **Anzeigen.**

Die Nebenregierung der Scharfmacher.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt am 29. April in Berlin eine Delegierten-Versammlung ab. Natürlich in einem der vornehmsten Etablissements der Reichshauptstadt, im Festsaal des Hotels Adlon. Die Herren können sich das leisten, denn sie schöpfen ja aus dem Vollen. Das hindert sie selbstverständlich nicht, über die »dreiste Begehrlichkeit ihrer Leute«, der Arbeiter, den Mund so weit als möglich aufzureißen und den Versuch zu machen, jede freie Regung der Arbeiterklasse und jedes Drängen des Proletariats aus den Niederungen, in die es durch seine Ausbeuter gestoßen wurde, zu menschenwürdigen Zuständen, zur Kultur und zum Lebensgenuß im Keime zu ersticken. In der Wahl der Mittel ist man dabei ganz skrupellos. Die Massenausperrungen, die schwarzen Listen, die Bildung von Streikbrechergarden und viele andere Maßnahmen liefern den Beweis. Neben der brutalsten Ausnutzung der wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Unternehmers über den Arbeiter, der über nichts anderes als über seine Arbeitskraft verfügt und hungern muß, sobald ihm der Unternehmer den Betrieb verschließt, sucht das Unternehmertum aber auch seinen ganzen Einfluß auf die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften zur Wahrung seiner Interessen und zur Niederdrückung der aufstrebenden Arbeiterklasse aus-

zunutzen. Und dieser Einfluß ist ganz ungeheuer! Erst kürzlich haben wir in dem Artikel »Weiße Salbe« einen Beweis dafür erbracht. Die Regierung des Klassenstaates und die bürgerlichen Parteien der Parlamente suchen in jeder Weise ihrem Auftraggeber, der Klasse der Besitzenden, zu Willen zu sein. Trotzdem gelingt es ihnen nicht, sich den Beifall der Unersättlichen zu erwerben. Diese sind mit ihren getreuen Fridolinen höchst unzufrieden und lesen ihnen bei jeder Gelegenheit derb den Text.

Eine solche Gelegenheit bot die erwähnte Tagung, auf der auch das Reichsamt des Innern und das Handelsministerium durch die Geheimen Regierungsräte Koch und Naumann vertreten waren. Bei Arbeiterkongressen (Tabakarbeiterkongreß, Bergarbeiterkongreß usw.) hält es die Regierung bekanntlich für überflüssig, sich vertreten zu lassen, auch wenn sie von einschneidender Bedeutung sind. Es handelt sich ja *nur um Arbeiter!* Aber die Wünsche der Industriellen nimmt sie pflichtschuldigst und gehorsamst durch einige Beauftragte entgegen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die **Reichsfinanzreform**. Er wurde schnell durch eine vom Vorsitzenden, Landrat a. D. Rötger-Essen begründete und dann einstimmig angenommene Erklärung erledigt; die sich für die Erhöhung der Abgaben auf die hauptsächlich dem Genuße dienenden Artikel des Massenverbrauchs ausspricht. Diese Erhöhung soll aber in der Weise durchgeführt werden, daß die Last nicht von den Herstellern, sondern von den Verbrauchern getragen werde. Dem kleinen Manne dürfen also die bescheidenen Genußmittel, wie Bier, Tabak usw. ruhig verteuert werden. Die Herren Industriellen gestatten es, — wenn sie selbst dabei als Unternehmer nicht getroffen werden! Sie drücken sich um's Zahlen genau so wie ihre Klassengenossen in der Landwirtschaft. Gegen die Aufbürdung neuer schwerer Lasten durch indirekte Steuern auf die breiten Konsumentenmassen, auf das »niedere Volk«, auf die Arbeiter, haben sie nichts einzuwenden. Diese sollen immer wieder bluten. Sie haben zu zahlen und im übrigen — das

Maul zu halten. Das Volk wird vielleicht bald Gelegenheit haben, für diese unerhörten Bedrückungen und Schröpfungen mit dem Wahlzettel zu quittieren. Die Lage der Reichsfinanzreform wird von einem Tag zum andern unklarer und verworrener, so daß die Auflösung des Reichstages nicht ausgeschlossen erscheint. Das Volk solle den bürgerlichen Volksverrätern einen Denkkzettel geben, den sie ihr Lebtage nicht vergessen dürften.

Neue Steuern will man also der großen Masse unbedingt aufbürden. Dafür soll es der Arbeiterschaft, die dadurch am schwersten getroffen wird, erlaubt sein, sich — die Löhne kürzen zu lassen! Das sprach der bekannte Generalsekretär Bueck, der zu dem Punkte **Arbeitskammergesetz** eine Scharfmacherrede vom reinsten Wasser hielt, mit zynischer Offenheit aus. Es sei kein Zweifel, erklärte er u. a., daß in absehbarer Zeit ein wirtschaftlicher Aufschwung kommen werde. Wenn jedoch angesichts der erhöhten Selbstkostenpreise die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt den Konkurrenzkampf bestehen wolle, dann sei eine **Herabsetzung der Arbeitslöhne** erforderlich! Das sagt der Herr trotz der unabwiesbaren Tatsache, daß die Löhne in England, Amerika usw. höher teilweise sogar bedeutend höher wie in Deutschland sind. Gerade dieser Umstand wurde ja bekanntlich von den amerikanischen Hochschutzzöllnern als Argument für die Zollerhöhungen zum Schutz der »einheimischen amerikanischen Industrie gegen die deutsche Schmutzkonkurrenz« ins Feld geführt. Wenn diese Zollerhöhungen also Gesetz werden sollten, dann hätten nicht die hohen, wohl aber die niedrigen Arbeitslöhne die Konkurrenzfähigkeit der betroffenen deutschen Industriezweige auf dem Weltmarkt beschränkt. Das mögen sich die Scharfmacher im deutschen Unternehmertum gefälligst hinter die Ohren schreiben.

Von der richtigen Erkenntnis ausgehend, daß die Arbeiter ja die Notwendigkeit der Lohnherabsetzungen (die von *keinem einsichtigen Menschen* anerkannt werden kann!) nicht anerkennen würde, erwog Herr Bueck sodann die Streit-

kräfte der Arbeiter und kam zu dem Schluß, daß heftige Lohnkämpfe nicht ausbleiben werden. Er bedauerte die verschiedenen Sonderbestrebungen unter den Unternehmern, denen gegenüber es erfreulich sei, daß der Zentralverband seit dem letzten Geschäftsbericht von 172 auf 192 korporative Mitglieder gestiegen ist. — Das ist eine Kriegserklärung des Scharfmachertums gegenüber der Arbeiterschaft in aller Form. Die Arbeiter müßten erbärmliche Wichte sein, wollten sie sich den Gelüsten der Scharfmacher zur Verschlechterung der Löhne willenlos fügen. Sie werden äußersten Widerstand leisten und sich durch festesten Zusammenschluß jederzeit kampfbereit halten. Hätten sie nicht ihre starken Organisationen, dann würde dem Unternehmertum die Befriedigung seiner Gelüste spielend möglich sein. Aber die festgegründeten Arbeiterverbände werden dafür sorgen, daß den Herren aufgespielt wird, sobald sie einen Tanz wagen wollen. Vielleicht geht ihnen dabei der Atem aus!

Zum Arbeitskammergesetz selbst bemerkte der Herr, die Versammlung werde ihm zweifellos beipflichten, daß es nicht zur Herbeiführung des wirtschaftlichen Friedens, sondern zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern beitragen werde. Es sei bekannt, daß die Arbeiter vom 21. bis 25. Lebensjahre den sozialdemokratischen Hetzereien am leichtesten zugänglich und stets an der Spitze von Straßendemonstrationen zu finden seien. Es sei ein starkes Stück, den Arbeitgeberern zuzumuten, mit diesen Elementen in einer Arbeitskammer zusammenzuwirken. Die Autorität werde durch das Arbeitskammergesetz nicht bloß untergraben, sondern vollständig ausgeschaltet werden. Daher sei durch eine Erklärung wiederholt gegen paritätische Arbeitskammern Stellung zu nehmen und dem »lebhaften Bedauern« darüber Ausdruck zu geben, »daß die verbündeten Regierungen, der sozialistischen Strömung immer weiter nachgebend, wieder ein Gesetz veranlaßt haben, daß zur weiteren Schädigung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unzweifelhaft beitragen wird«. Die Beschimpfung der Arbeiter, die sich Herr Bueck leistete, ist man gewöhnt, weshalb sie nur tiefer gehängt zu werden braucht. Wichtiger ist sein: »So will ich, so befehle ich!« gegenüber der Regierung. Die Erklärung wurde natürlich einstimmig angenommen. Wir wollen abwarten, ob die Regierung gehorsam umschwenken und dem »lebhaften Bedauern« ihrer Herren Scharfmacher gerecht werden wird.

Vom gleichen Geist wie die Erklärung zum Arbeitskammergesetz ist eine Erklärung zur *Gewerbeordnungs-Novelle* erfüllt, die nach einem Referat des Regierungsrats Dr. Bartels-Berlin, der ebenfalls eifrig den roten Lappen schwenkte, einstimmige Annahme fand. Darin heißt es u. a.: »Gänzlich unannehmbar erscheint für die Industrie die obligatorische Einführung ständiger Arbeiterausschüsse für ihre Betriebe sowie die Uebertragung von Befugnissen an diese zur Mitwirkung beim Erlaß von Ausnahmeverordnungen zur Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe. Diese Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Betriebsleitung ist ein weiterer gesetzgeberischer Schritt zur *Auslieferung der Herrschaft über die Betriebe an die Sozialdemokratie* und zu deren staatlicher Organisation innerhalb der Fabriken«. Sagten wir eingangs unserer Ausführungen angesichts dieser Probe zu viel, als wir betonten, daß das Unternehmertum jede freie Regung der Arbeiterschaft im Keime zu ersticken versucht? Der Arbeiter darf nichts anderes als willenloser Sklave sein, der ohne jedes Einspruchsrecht und in blindem Gehorsam gegen »seinen Herrn« nur Mehrwert zu schaffen und diesem ein angenehmes Schmarotzerdasein zu ermöglichen hat. Das ist der Scharfmacher Ideal.

Und da dieses Ideal von ihrer politischen Vertretung im Reichstage, den bürgerlichen Parteien, nicht ganz so brutal verwirklicht werden kann wie sie es wünschten, drohen sie ständig mit der Begründung einer eigenen Unternehmertumspartei. So schwang erst jetzt wieder die

»Arbeitgeber-Zeitung« vom 2. Mai 1900 in einem langen Artikel diese Peitsche, mit der sie die Handlanger des Unternehmertums im Parlament anzutreiben hofft. Um aber für alle Fälle gesichert zu sein, richtete der Zentralverband der Industriellen noch durch die zuletzt erwähnte Erklärung an die verbündeten Regierungen die dringende Bitte, »der Gewerbeordnungs-Novelle nach Erledigung im Reichstage die verfassungsmäßige Zustimmung versagen zu wollen«, d. h. also das Parlament auszuschalten.

Für die Arbeiterschaft muß diese Unternehmung, bei der die Scharfmacher aus ihrem Herzen keine Mördergrube machten, eine Lehre sein. Durch festen Zusammenschluß in ihren Organisationen muß sie die Macht des Scharfmachertums, dessen »Bitten« und »Wünsche« für die Regierung Befehle sind, brechen und dem Fortschritt eine Gasse bahnen. Vorwärts sei die Losung!

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im März wird im Reichsarbeitsblatt wie folgt geschildert: »Wie im Vormonate, so zeigte auch im März der Arbeitsmarkt kein einheitliches Bild. Die Störungen, die der lange Winter für eine Reihe von Gewerben und für den Schiffsverkehr im Oefolge hatten, wichen erst gegen das Ende des Monats. Dafür trat eine Reihe von weiteren Umständen in die Erscheinung, welche eine Ausnutzung der durch die wärmere Witterung geschaffenen günstigeren Verhältnisse hintarhielten. So war die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt eine unverändert schlechte, wesentlich in aus dem Grunde, weil die für den 1. April vom rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat angekündigte Preisherabsetzung die Ankäufe vor diesem Termin zurückhielt. Außerdem hatte der Rhein bis zum 22. März Niedrigwasser. Ueberwiegend ungünstig war die Geschäftslage andauernd in der Metall- und Maschinenindustrie. Nur in denjenigen Zweigen, die zum Baugewerbe in Beziehungen stehen, war eine Belebung bemerkbar. Das Baugewerbe selbst konnte in der zweiten Hälfte des Monats eine etwas regere Tätigkeit entfalten, wenn auch ein entscheidender Aufschwung noch nicht eingetreten ist. Günstig war die Lage in einzelnen Zweigen der Bekleidungsindustrie, während für andere, wie z. B. die Hutfindustrie, der Höhepunkt der Beschäftigung bereits überschritten war. Der Binnenschiffahrtsbetrieb konnte auf dem Rhein, dem Neckar und der Elbe erst gegen Ende des Monats in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Das Bild, welches die Berichte der Industrie über die Lage des Arbeitsmarktes im März geben, wird im großen und ganzen bestätigt durch die Ergebnisse der Krankenkassenberichterstattung. . . Die Arbeitslosigkeit bei berichtenden Fachverbänden belief sich Ende Januar 1909 auf 4,2 Proz., Ende Februar auf 4,1 Proz. und Ende März auf 3,5 Proz. Die Arbeitslosigkeit hat sich demnach im Laufe der 3 Monate etwas verringert, sie war jedoch immer höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.«

Die Tarifbewegung im Wiener Steindruckgewerbe enuete mit einem vollen Erfolge unserer Kollegen. Die Wiener »Arbeiter-Zeitung« vom 27. April schreibt darüber: »Seit Wochen fanden zwischen dem Gremium der Lithographen und Steindrucker und dem Gehilfenausschuß Verhandlungen zum Zwecke eines neuen Tarifabschlusses für Wien statt. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig; es schien, als ob die Gegensätze nicht zu überbrücken wären, da die Unternehmer die Verhandlungen abgebrochen hatten. Darauf reichte in einer großen Anzahl von Betrieben das Maschinenpersonal seine Kündigungen ein, worauf die Unternehmer den übrigen Berufsangehörigen kündigten. Unter dem Drucke der Verhältnisse fanden abermals Verhandlungen statt, die zu einem befriedigenden Resultat führten. Es wurde erreicht: Für Lithographen, Retuscheure, Licht- und Kupferdrucker eine acht-, für das Steindruckerpersonal eine achteinhalbstündige Arbeitszeit, eine Erhöhung der Mindestlöhne für ausgeleitete Gehilfen bis zu 3 Kronen, für das Hilfspersonal um 2 Kronen pro Woche, ferner eine Erhöhung für Entlohnung der Ueberstunden, Bezahlung der Feiertage, eine Regelung der Lehrlingskalkula, die Kündigungsfrist, bezahlte Urlaube in der Dauer von drei Tagen bis zu einer Woche, die Anerkennung des Vertrauensmänner sowie die Stellenvermittlung des Oesterreichischen Senefelder-Bundes. Der neue Tarif trat mit dem 26. April in Kraft und hat Gültigkeit bis Ende März 1914. Der glänzende Erfolg der Steindrucker zeigt allen Arbeitern die hohe Bedeutung einer gewerkschaftlichen Organisation und die großen Erfolge, die von ihr zu erzielen sind. Freilich ist die Erringung des Achtstundentages im Steindruckgewerbe das Verdienst einer selbstwärtigen, ausgezeichnet disziplinierten, vorzüglich geschulten Organisation, die fast alle Berufsangehörigen umfaßt. Wenn andere Organisationen ähnliche Voraussetzungen ihrer gewerkschaftlichen Aktionen aufweisen werden, dürfen auch ebenso bedeutsame

Erfolge nicht lange auf sich warten lassen.« Die Wiener Unternehmer sind also noch rechtzeitig zur Besinnung gekommen, so daß der Kampf, der nach unserer Rundschau in No. 15 in naher Aussicht stand, vermieden wurde. Wir beglückwünschen unsere österreichische Bruderorganisation zu ihrem tatkräftigen und erfolgreichen Vorgehen.

Wie die Arbeitslosigkeit im Gegenwartsstaat nicht nur nicht gemildert, sondern noch erhöht wird, zeigt folgender Fall. In Posen soll die Einrichtung eines Soldatenheimes vollständig unter Ausschluss der gelehrten Berufe der Zimmerer, Maurer usw. vor sich gehen, trotzdem dort 60 Proz. der Maurer arbeitslos sind. Wir schätzen, daß eine vom Maurerverbande an das Kriegsministerium gerichtete Eingabe erfolglos sein wird, da sich unsere Militärbehörden den Teufel um das Zivilistenpack und deren Nöte kümmert. Zum Zahlen und Erhalten des zweierlei Tuch mit allem noch überflüssigeren Drum und Dran ist es noch lange gut, im übrigen aber hat es »nix taun seggen!«

Die organisierten Buchdrucker Amerikas richten an die deutsche Arbeiterschaft folgenden Appell: Vor einigen Wochen erschien ein Artikel in allen Arbeiterblättern (siehe »Or. Pr.« No. 9, Seite 74), in welchem die Aufmerksamkeit auf einen Kampf gelenkt wurde, welcher sich zwischen der Buchdruckerorganisation der Ver. Staaten von Amerika und der Butterick Publishing Co. abspielt. Dieser Kampf ist insofern eigenartig, als hierbei, soweit bekannt, das erste Mal versucht wurde, einen Boykott von internationalem Charakter zu inszenieren. Die Butterick Publishing Co. (in Amerika bekannt als Schnittmuster-Trust) versendet ihre Produkte nach allen Teilen der Welt. In Deutschland sind ihre Magazine unter folgenden Namen bekannt: »Moden-Revue«, »Buttericks Moden-Album« und »Buttericks Moden der Hauptstädte«. Diese Zeitschriften werden in der Hauptsache verbreitet, um die Kleider-Schnittmuster anzugeben. Ganz besonders werden diese Schnittmuster von Arbeiterfrauen und von Kleidermacherinnen, welche für die Arbeiterfrauen und deren Töchter arbeiten, gekauft. Die Buchdrucker der Ver. Staaten von Amerika kämpfen seit drei Jahren für die Einführung des 8stündigen Arbeitstages im Buchdruckergerbe und die Butterick Publishing Co. zeigte sich bei dieser Gelegenheit als die größte Gegnerin der organisierten Arbeiterschaft. So lange sie im Auslande ungestört ihre Profite einheimen konnte, war sie imstande, alle Versuche, welche auf Anerkennung der Organisation hinzulieten, mit Hohnlachen zurückzuweisen. Im Juli vorigen Jahres leitete die Firma gerichtliche Klagen gegen die Lokal 6, New York, der Typographia Union, ein und alle Anstrengungen werden gemacht, um die Beamten dieser Organisation ins Gefängnis zu senden; wenn man die Entscheidungen der vom Trust kontrollierten Richter in Amerika in Betracht zieht, so ist zu erwarten, daß die Arbeiter den Kürzeren ziehen werden. Arbeiter, Freunde! Die Gelegenheit ist da, bei welcher sich die internationale Solidarität der Arbeiterschaft bekunden sollte. Wenn Ihr Euch für unseren Kampf, der gleichzeitig der Kampf der gesamten organisierten Arbeiter von Nordamerika ist, interessiert, wenn Ihr dazu beitragen wollt, einen Sieg der gerechten Sache herbeizuführen, dann sagt Euren Frauen, daß es noch andere Schnittmuster gibt, und zwar von Firmen hergestellt, welche mit den organisierten Arbeitern nicht auf dem Kriegsfuß stehen. Bei Bedarf sollten sie die Butterick-Schnittmuster ignorieren und sollten ihre Freundinnen und Nachbarinnen darauf aufmerksam machen, daß durch Kauf der Produkte der Butterick Publishing Co. (in Deutschland: Aktien-Gesellschaft für Buttericks Verlag) sie gegen ihre eigene Klasse sündigen.

Generalversammlungen und Kongresse.

Der Verband der Glaser hielt seinen Verbandstag während des Osterfestes in Nürnberg ab. Anwesend waren 28 Delegierte, 3 Hauptvorstands- und je 1 Ausschuß- und Präskommissionsvertreter, sowie als Delegierter der Generalkommission der Genosse Knoll. Nach dem Vorstandsbericht, der, wie der Kassenbericht, gutgeheißen wurde, hat der Verband ebenso wie andere Verbände des Baugewerbes infolge der Krise einen Rückgang gehabt. Im Anschluß an den Ausschußbericht wurde die im Verbandsorgan erfolgte Stellungnahme des Ausschusses für den Anschluß des Glaserverbandes an den Holzarbeiterverband scharf getadelt und mit 14 gegen 13 Stimmen eine Resolution angenommen, die das Vorgehen des Ausschusses als ein untaktisches Verhalten bezeichnet und dem Ausschuß ein Mißtrauensvotum erteilt. Die Verschmelzungsfrage selbst bildete den wichtigsten Punkt der ganzen Verhandlungen. Der Referent Rochoch-Berlin begründete eingehend die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit dem Holzarbeiterverband, während der Korreferent Krenkel-Leipzig für die Belbehaltung der selbständigen Organisation eintrat. Nach langer Diskussion wurde der Anschluß an den Holzarbeiterverband mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt, ebenso die Vornahme einer Urabstimmung über diese Frage und der Antrag, mit den Verbänden des Baugewerbes zwecks Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes in Verbindung zu treten.

Der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter veranstaltete seinen zehnten Verbandstag in der Osterwoche in Köln. Auch dieser Verband hat durch die Krise starke Mitgliederverluste erlitten, besonders in den Großstädten. Durch die Auflösung der »Freien Vereinigung der Bauhilfsarbeiter« gewann der Verband ca. 600 Mitglieder, während ungefähr die gleiche Zahl auf ihrem anarcho-sozialistischen Standpunkt stehen blieb. Am Jahreschluß zählte der Verband 55 694 zahlende Mitglieder. Auch auf diesem Verbandstage nahm die Verschmelzungsfrage einen breiten Raum ein. Das Referat hielt der Vorsitzende Behrendt, der sich rückhaltlos für einen Zusammenschluß mit dem Maurerverbande aussprach, der für beide Organisationen um so vorteilhafter sei, je früher er erfolge. In der Diskussion sprach sich auch der Vorsitzende des Maurerverbandes, Bömelburg, für den Zusammenschluß aus, dem auch nach eingehender Aussprache der Verbandstag einstimmig zustimmte. Beide Verbände sollen 1910 zu gleicher Zeit am gleichen Ort Verbandstage abhalten, die endgültig über die Verschmelzung beschließen und bei ihrer Annahme zur konstituierenden Generalversammlung des neuen, gemeinsamen Verbandes zusammenzutreten sollen. Bei der Beratung über Lohnbewegungen und Streiks wurde die Stellungnahme früherer Verbandstage für Tarifverträge erneuert und den Leitenden des Vorstandes über die Taktik bei Lohnkämpfen einstimmig zugestimmt.

Der Zentralverband der Stukkateure, Gipser, Pflasterer u. verw. Berufsgenossen hielt seinen 7. (außerordentlichen) Verbandstag vom 12. bis 16. April in Kassel ab, und zwar hauptsächlich zur Erledigung der Frage, ob die Angliederung einer Erwerbslosenunterstützung an die Unterstützungseinrichtungen für den Verband zweckmäßig ist. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung war bereits auf der Nürnberger Generalversammlung im Mai 1908 beschlossen worden. Infolge einer starken Protestbewegung, die die abermalige Besprechung der Angelegenheit verlangte, sah sich der Vorstand zur Einberufung des außerordentlichen Verbandstages veranlaßt. Nach reifer Diskussion beschloß die Generalversammlung gegen 1 Stimme die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und zwar mit Beginn der erhöhten Beitragszahlung am 1. April 1910 und einjähriger Karenzzeit, vorbehaltlich der Annahme durch eine Urabstimmung. Infolge der starken Arbeitslosigkeit ging der Mitgliederbestand von 8291 im Jahresdurchschnitt 1907 auf 7361 im Jahresdurchschnitt 1908 zurück. Die Arbeitslosenunterstützung würde ein festes Bindemittel für die Mitglieder sein und in späteren Krisenzeiten derartige Mitgliederverluste verhindern. Eine rege Aussprache zeitigte noch die Verschmelzung mit dem Maurerverband. Der Verbandstag sprach sich grundsätzlich für die Errichtung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes aus. Die Angliederung an den Maurerverband soll mit ins Auge gefaßt und in den Mitgliederkreisen zur Diskussion gestellt werden.

Der Verband der Zimmerer Deutschlands hielt vom 19. bis 24. April in Stuttgart seine 18. Generalversammlung ab, auf der 112 Delegierte vertreten waren. Während er 1907 im Durchschnitt 54 395 Mitglieder zählte, betrug die Durchschnittsziffer 1908 infolge der Krise nur 51 315. Die Einigungsverhandlungen mit den Lokalisten haben zum Anschluß von 617 Mitgliedern der Lokalorganisationen in 12 Orten an den Zentralverband geführt. Alle auf Verschmelzung mit den anderen Bauarbeiterorganisationen lautenden Anträge wurden vom Vorsitzenden als nicht realisierbar berechnet und von der Generalversammlung abgelehnt. Einen zum Punkt Bauarbeiterschutz gestellter Antrag auf Einberufung einer Konferenz für die Förderung des Arbeiterschutzes ereilte dasselbe Schicksal. Beschlüssen wurde, den Teilnehmern an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen der Generalkommission außer den Diäten noch 30 Mk. Mietszuschuß zu gewähren. Dem Verbandsgründer Marzian, der sich in sehr schlechten Verhältnissen befindet, wurden 300 Mk. überwiesen. Einer Resolution des Vorstandes, die sich für den Abschluß von Tarifverträgen für jeden Ort oder für jedes mehrere Orte umfassende zusammenhängende Wirtschaftsgebiet ausspricht, wurde einstimmig zugestimmt. Die Einführung der Kranken- und Sieberunterstützung wurde abgelehnt; dagegen soll die Arbeitslosenunterstützung weiter ausgebaut und zu diesem Zweck der Beitrag vom 1. Juli 1909 ab um 5 Pf. und vom 1. März 1910 ab abermals um 5 Pf. erhöht werden. Zum Schluß wurde noch angeregt, den Arbeitsnachweisern der Unternehmer mehr Beachtung zu schenken, da sie sich zum Schaden der Arbeiterschaft entwickeln. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit dieser Materie eingehend zu beschäftigen und der nächsten Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Der Deutsche Kürschnerverband veranstaltete seinen 3. Verbandstag vom 19. bis 21. April in Nürnberg. Er zählt jetzt ca. 3000 Mitglieder. Der Verbandstag beschloß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, das ist die verbundene Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Die Beiträge wurden auf 40, 50 und 60 Pf. für männliche Mitglieder und 30 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Der Verbandstag sprach sich weiter für Abschluß kurzfristiger Arbeitstarifverträge und für Schaffung eines partiellen Arbeitsnachweises aus.

Politische Monatsschau.

Schwere Sorgen sind über die deutsche Reichsregierung gekommen. Mitten in der schweren Arbeit der Reichsfinanzreform traf sie ein Schlag, den sie so leicht nicht erwinden wird. Die geduldigen Lämmer, die noch immer als Sturmböck bei allen Wahlen für die herrschenden Klassen wirkten, — die Beamten sind aufsässig geworden!

Und daß dieser preußische Beamtentag, der von 10000 Beamten besucht war, so dicht hinter dem Streik der französischen Post- und Telegraphen-Beamten stattfand, das versuchte diesen lähmenden Eindruck. Entsetzliche Bilder stiegen vor deutschen Philisterraugen auf. Und die verworrene innerpolitische Lage wird dadurch noch um einige Grade verzweifelter.

Da kann man der Regierung schon nachfühlen, wenn sie in der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« erklären läßt: »... so möchten wir betonen, daß diese Versammlung der Reichsregierung durchaus unerwünscht gewesen, daß vor ihrem Besuch sogar ausdrücklich gewarnt worden ist. Ueber die Vorgänge auf diesem Tage sind Feststellungen angeordnet worden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob Anlaß zu disziplinarischem Vorgehen geboten ist.«

Zirka 10000 Beamte sind der Einladung gefolgt, trotzdem vor dem Besuch dieser Versammlung ausdrücklich gewarnt worden ist? Welche Erbitterung muß in diesen sonst so geduldsigen Kreisen platzgegriffen haben!

Und in bekannter läppischer Weise folgte obiger Ankündigung die Tat. Statt den Beschwerden der Beamten auf den Grund zu gehen, berechtigten Wünschen nachzukommen, fährt man wieder mit gepanzerter Faust dazwischen, um ja jedem Beamten seine Helotenrolle recht fühlbar werden zu lassen. So hat man es bisher noch immer verstanden, jede einsetzende Opposition durch Unterdrückung zu stärken und zu kräftigen. Und die Opfer, die dieser erste Beamtentag durch Maßregelung erforderte, werden nur erreichen, daß die Sprache der Beamten der Regierung später noch unangenehmer auf die Nerven fallen wird.

Man wird auch nicht behaupten wollen, daß es taktisch klug ist, in einer Situation, die eventuell nur durch eine Reichstagsneuwahl geklärt werden kann, das große Heer der Beamten so gegen sich aufzubringen.

Vorläufig ist die Regierung mit ihrer Reichsfinanzreform noch auf dem alten Fleck. Der Block, der an dieser Aufgabe schon einmal in Stücke gegangen war, ist durch Bülow wieder notdürftig zusammengeleimt worden. Ob er aber lebensfähig genug sein wird, um die ihm zugewiesene saure Arbeit zu bewältigen, muß noch abgewartet werden. Den Konservativen behagt diese unnatürliche Bündnis immer weniger. Sie fühlen sich viel mehr zu dem seiner ganzen Natur nach agrarischen Zentrum hingezogen, das selbst wieder mit Ungeduld auf seine Beteiligung an der Regierungskrippe wartet.

Inzwischen geht das Spiel um die Form der Besitzsteuer lustig weiter. Aus der von den Agrariern wegen ihrer Steuerhinterziehungen so gefürchteten Nachlaßsteuer soll nun wohl endgültig eine Erbanfallsteuer gemacht werden. Wenn auch in den Blättern der Konservativen, vor allem in den agrarischen Zeitungen, immer wieder der Warnungsruf ertönt: »Hände weg von der Witwen- und Waisensteuer!«, so merkt man doch, daß dieses höhrende Schlagwort nur scharfhaft den Rückzug decken soll. Denn nahe daran war es, daß die Nachlaßsteuervorlage auf die konservative Partei wie Sprengpulver wirkte. Besonders der Anhang dieser Partei in den Städten, aus dem Mittelstand und dem Beamtenum, konnte der heuchlerischen und phrasenhaften Agitation gegen die Nachlaßsteuer keinen Geschmack abgewinnen. Und da diesen Leuten die wahre Triebfeder dieses Kampfes mehr und mehr einleuchtete, sie selbst aber Aufdeckung von Steuerhinterziehungen nicht zu fürchten haben, so treten sie lebhafte für die Nachlaßsteuer ein, zum Entsetzen des agrarischen Fitgels dieser Partei.

In dieser verzweifelten Situation kamen nun die Konservativen mit einem neuen Steuervorschlag an die Öffentlichkeit und an den Reichstag. Sie empfahlen eine Reichsverwertungssteuer. Dieser Steuervorschlag hat vor allem den Zweck, die rebellierenderen Elemente innerhalb der Partei wieder zusammenzuführen und ihnen den Nachweis zu liefern, daß die Partei durchaus nicht gegen jede Besitzsteuer sei. Daran glauben die Macher dieser Vorlage wohl selbst nicht mehr, daß es ihnen gelingen wird, die Erbschaftsteuer zu Fall zu bringen. Aber für den Fall einer Reichstagsauflösung dürfte ihnen die Wertzuwachssteuer eine geeignete agitatorische Hilfe sein.

Einen kleinen Schreck haben die Konservativen aber bekommen, als ihnen halb offiziell erklärt wurde: »Der Gedanke, daß die Vermögenszuwachssteuer die Erbanfallsteuer ersetzen soll, wird mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Dagegen findet man es wohl der Erwähnung wert, ob die Steuer auf Vermögenszuwachs vom Grundbesitz nicht in irgend einer Form als Ersatz für die von den verbündeten Regierungen aufgegebenen Steuern auf Elektrizität, Gas, Petroleum und Inzerate dienen könnte.«

Gegen diese Auslegung protestieren unsere Agrarier auf das entschiedenste. Sie erklären sich zwar nach wie vor bereit, an der Auspowderung des Volkes durch indirekte Steuern nach Kräften mitzuwirken, doch an die weitere Heranziehung zur Besitzsteuer über das ursprünglich geplante Maß von 100 Millionen sei nicht zu denken. Ganz gewiß! Darum wehrte man sich doch so entschieden gegen die Erbschaftsteuer, weil diese Summe schon zu viel ist.

Noch läßt sich nicht sagen, wann die Finanzreform ihre endgültige Erledigung finden wird. Der Vorsitzende der Finanzkommission schilderte im »Tag« die Aussichten sehr trübe. Und indem er die Schwierigkeiten dieser Beratungen schildert, weist er darauf hin, »daß die meisten Steuervorschläge der Regierung so tief und so störend in das Wirtschaftsleben eingreifen, daß es frivol wäre, wenn die Abgeordneten sich über alle diese berechtigten Schmerzensschreie leichten Herzens hinwegsetzen wollten.«

So wird auch ein geschäftliches Aufleben zum guten Teil von der Gestaltung und der mehr oder minder baldigen Erledigung der Finanzreform abhängen.

Daß aber mit der glücklichen Verabschiedung der Finanzreform die chronische Finanzklemme der Regierung gehoben sei, wird wohl niemand glauben. So lange die fortdauernde Steigerung der Rüstungen in Heer und Marine weiter betrieben wird, so lange hier die Ausgaben durch technische Vervollkommnung der Mordinstrumente und durch Verstärkung der Heerespräsenz sowie durch Vermehrung der Schlachtschiffe weiter und weiter wachsen, so lange wird auch die Geldnot der Regierung weiter dauern.

Vor kurzem war ein Weg gegeben, diesem unerlösten Wettstreit wenigstens in bezug auf die Marine ein wenig zu steuern. Die englische Regierung hat bei der deutschen Reichsregierung ein Abkommen angeregt, wonach auf Grund bestimmter Vereinbarungen Einschränkungen in der Rüstung zur See erfolgen sollen. Diese Anregung wurde von der deutschen Regierung zurückgewiesen mit der tadelscheinigen Begründung, daß Deutschland sich bei seinen Kriegsschiffbauten nur von den eigenen Bedürfnissen leiten lasse. Wonach richten sich denn die eigenen Bedürfnisse? Werden sie nicht bestimmt von der Kriegsbereitschaft der anderen Länder?

In den letzten 12 Jahren sind die Ausgaben für unsere Kriegsflootte von 92 Mill. Mark auf 339 Mill. Mark angewachsen. Bei einer so ungeheuren Steigerung ist der ewige Geldbedarf der Regierung allerdings erklärlich. So fressen Heer und Marine, ihrer Natur nach bestimmt, Handel und Arbeit zu schützen, den Wohlstand des Volkes auf. Und nur wenige millionenreiche Kapitalisten ziehen den Vorteil aus diesem Zustand. G. A.

Arbeiterklasse und Kulturinteresse.

Das Volk wird durch die herrschende und regierende Gesellschaft geistlich in Unkenntnis über die Kulturgüter gehalten, weil eine Hand voll Menschen ein Interesse an der Unwissenheit der Massen hat. Je weniger die Masse an den Kulturerrungenschaften teilnimmt, desto mehr können es die wenigen Besitzenden.

Unter der Herrschaft des Kapitals über die Produktionsweise nützt die herrschende Gesellschaft ihre Machtstellung aus, um der aufsteigenden Trägerin großer Menschheitsideale, der Arbeiterklasse, den Kulturgenuß vorzuenthalten. Mit Hilfe der regierenden und gesetzgebenden Gewalt, gestützt auf verstaubte Privilegien und den Besitz an Produktionsmitteln, sucht die herrschende Gesellschaft der Entfaltung und Entwicklung der Arbeiterbewegung Einhalt zu gebieten. Doch diese Versuche mußten und müssen scheitern. Die Arbeiterbewegung ist ein Produkt der kapitalistischen Produktionsweise, wie die Arbeiterklasse, die Massenarbeitslosigkeit, Heimarbeit, Verelendung, Verbrechen u. s. f. Produkte der kapitalistischen Anwendung der Produktionsmittel sind. Doch ein Umstand kommt der Kapitalistenklasse in dem Bestreben, die aufstrebende Arbeiterbewegung zu unterdrücken, allem Anschein nach zustatten.

Die industrielle Reservearmee, diese notwendige und ungeheuerliche Begleitererscheinung der Großindustrie, dient der Kapitalistenklasse zur Niederhaltung des Arbeitslohns. Entwertet wurde die Arbeitskraft bereits dadurch, daß durch die Maschine die Waren ungeahnt verbilligt wurden. Dadurch wurde gesellschaftlich notwendige Arbeit erparnt und die Frauen-, Kinder- und Heimarbeit hervorgerufen. Nun bezahlt die Kapitalistenklasse die Arbeitskraft auch noch unter ihrem Wert, gestützt auf das Ueberangebot an Arbeitskräften. Hand in Hand damit geht die Entgeltigung der Arbeit, gefördert durch weitgehende Teilung der Arbeit innerhalb der Werkstatt, und die Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Die Folgen liegen auf der Hand. Bestimmt die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendige Lebensmittelmenge den Arbeitslohn, so ist es der Arbeiterklasse nicht einmal möglich, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Denn die Ware Arbeitskraft wird ja unter ihrem wirklichen Wert bezahlt. Es tritt weitgehende Unterernährung der Arbeiterklasse ein. Man kann schlechterdings von einer Befrie-

digung höherer Kulturinteressen und Kulturbedürfnisse nicht gut die Rede sein — so scheint es.

Doch nicht allein die täglich notwendige Lebensmittelmengende bestimmt den Arbeitslohn, sondern die wirtschaftlichen Bedürfnisse überhaupt. Alle Bedürfnisse, zu deren Befriedigung direkt oder indirekt materielle Güter und wirtschaftliche Tätigkeit erforderlich sind, kommen für das Wirtschaftsleben in Betracht. Außer dem eigentlichen Konsumtionsbedürfnis gehören dahin das Bedürfnis nach Erhöhung der eigenen Arbeitskraft, das Bedürfnis guter Kindererziehung, das Bedürfnis nach sozialer Besserung u. s. f.

Wirtschaftliche Bedürfnisse erfordern zu ihrer Befriedigung wirtschaftliche Tätigkeit und materielle Güter, wozu auch materielle Werte von Leistungen, Rechte auf Leistungen u. s. f. gehören. Das Recht der Arbeiterklasse auf soziale Leistungen des Staates, der Kommunen, Vereine und Oenossenschaften wirkt günstig auf den Arbeitslohn und befruchtet das Interesse der Arbeiterklasse an der Kultur. Nicht umsonst bekämpfen die Gegner der Arbeiterklasse die Beiträge für soziale Institutionen, die ihren Anteil am Arbeitsertrag schmälern und den Widerstand der Arbeiter steigern. Der Kampf der Kapitalistenklasse gegen die Erweiterung der sozialen Gesetzgebung, gegen jede Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze erscheint von diesem Gesichtspunkt aus begreiflich, so unbegreiflich die Tatsache an sich vom rein menschlichen, religiösen und ethischen Standpunkt aus betrachtet ist.

Die Bedürfnisse der Arbeiterklasse, die für das Wirtschaftsleben in Betracht kommen und günstig auf den Arbeitslohn einwirken, stellen sich im letzten Grunde als das Bedürfnis dar, an allen Kultur-erungenschaften der produzierenden und konsumierenden Menschheit teilzunehmen.

Wie aber ist es der Arbeiterklasse möglich, gesteigertes Kulturbedürfnis zu befriedigen, da doch die Ware Arbeitskraft unter ihrem Wert bezahlt wird? Die kapitalistische Warenproduktion, die Großindustrie, erzieht ungewollt die Arbeiterklasse zur Kultur durch gesteigerte Technisierung und Produktivität der Arbeit. Dabei wirkt die Entgegensetzung der Arbeit mit. Die Arbeit ist dem Industriearbeiter nicht mehr alles, wie dies bei dem Handwerker unter der mittelalterlichen Kundenproduktion noch der Fall war. Hervorgehoben wird dadurch einmal die Unzufriedenheit mit der gestöbenden und körperzerstörenden Teilarbeit und das Bestreben, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zu verkürzen und auf mehr Schultern zu verteilen. Weiter wird das Bestreben wachgerufen, die Gesetzgebung zu beeinflussen und gegen die Schäden der Großindustrie mobil zu machen. Es entsteht die Arbeiterbewegung als Trägerin des Kulturfortschrittes und des Kulturbedürfnisses.

Dieses Kulturbedürfnis befriedigt das Proletariat zunächst auf Kosten der Ernährung. Doch ist diese Art der Befriedigung wachsenden Kulturbedürfnisses völlig unzulänglich und findet natürliche Grenzen. Die Arbeiterklasse strebt nunmehr mit doppelter Gewalt danach, den Arbeitslohn zu erhöhen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse wachsen ja beständig und begünstigen den Lohnkampf, wie die Steigerung der Lebensmittelpreise den Lohnkampf verschärft. Und so ruht unter der Herrschaft des Kapitals über die Produktion nie der Kampf um höheren Arbeitslohn, um den Anteil am Arbeitsertrag.

So erweist sich das, was scheinbar der herrschenden Gesellschaft günstig war, als das gerade Gegenteil. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse. Dadurch werden wirtschaftliche Bedürfnisse geweckt, die vor dem nicht in Frage kamen. Allerdings wirkt die durch gesteigerte Produktivität hervorgebrachte industrielle Reservearmee als ein Hemmschuh auf die vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung, auf das Streben nach wirtschaftlicher und geistiger Freiheit. Aber aufhalten läßt sich diese Entwicklung nicht. Höchstens wird eine mangelhafte Befriedigung wachsenden Kulturbedürfnisses bewirkt. Das Streben nach Kultur kann dadurch nur noch gesteigert werden. Das Streben der herrschenden Gesellschaft, ihrer Helfershelfer und Handlanger, das in dem Satze: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben“, seinen klarsten Ausdruck gefunden hat, dient nur dem Zwecke, die Bedürfnislosigkeit der Arbeiterklasse zu erhalten und zu festigen.

Mit dem durch die kapitalistische Entwicklung geförderten Wachsen der Unzufriedenheit wird der Druck wirtschaftlicher und geistiger Unfreiheit durch die herrschende Gesellschaft mehr und mehr verschärft. Aber umsonst. Die Unzufriedenheit ist zu sehr in der kapitalistischen Produktionsweise begründet, um durch ein solches Beginnen der Reaktion in Zufriedenheit verwandelt zu werden. Was die herrschende Gesellschaft immer tun mag, das wachsende Kulturinteresse und die Aufklärung der breiten Massen des arbeitenden Volkes zu hintertreiben — alles muß daran scheitern, daß die wirtschaftliche Umwälzung die Aufklärung und das Kulturbedürfnis bedingt und fördert. Die Umwälzung der Produktionsweise durch das Kapital müßte oft zum Stillstand gebracht werden. Aber machtvoll geht sie vor sich, das Wirtschafts- und Geistesleben revolutionierend.

Diese gewonnene Erkenntnis muß die Erziehung zur Kultur befruchten. Es gelte der Satz: die Kultur

dem Volk, die Kunst dem Volk, keine Kultur ohne Arbeit, keine Arbeit ohne Kunst.

Das erreichen die Arbeiter durch den Zusammenschluß in ihren wirtschaftlichen, politischen und allgemein kulturellen Organisationen und Institutionen. Diese übernehmen die Aufgabe des Staates, die der Klassenstaat nicht erfüllen kann: das Kulturinteresse des Volkes zu vertiefen und zu dessen Befriedigung machtvoll beizutragen.

Darum keine Ueber- oder Unterschätzung der einen oder andern Organisation und Institution, sondern Gleichstellung. Die eine ist so wichtig wie die andere, keine etwas ganzes ohne die andere. Wie überall, wo Leben herrscht, das Gegensätzliche in der Entwicklung notwendig sich gegenseitig helfen und ergänzen muß, so auch hier. Darum: Vorent vorwärts!

F. P.

Was muß der Arbeiter von den Arbeiterversicherungs-gesetzen wissen?

Von G. Link.

II.

Im Anschluß an den Artikel über die Krankenversicherung soll in diesem Artikel das wichtigste über die Invaliden- und Altersversicherung erörtert werden. Durch Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 ist die Invalidenversicherung mit dem 1. Januar 1891 in Kraft getreten. Am 13. Juli 1899 wurde das Invalidenversicherungsgesetz dann einer umfassenden Aenderung unterzogen. In der neuen Form trat es so mit dem 1. Januar 1900 in Kraft. Von allen unsern Arbeiterversicherungsgesetzen ist das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz am meisten vom *starken Buchstaben* abhängig. Infolgedessen und wegen der Unkenntnis der Arbeiter in bezug auf die Versicherungsgesetze haben die Versicherten die meisten Scherereien bei ihren Ansprüchen an die Invalidenversicherung. Versuchen wir daher in Kürze das Wesentlichste, was die Arbeiterschaft wissen muß, hier zur Kenntnis zu bringen.

Die Invalidenversicherung besteht aus der *Zwangsv-* und der *freiwilligen* — Selbstversicherer- — Versicherung. Zunächst einiges zur Zwangsversicherung.

Der Invalidenversicherungspflicht unterliegen die über 16 Jahre alten, gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen. Tantiemen und Naturalbezüge gelten als Lohn.

Außer den über 16 Jahre alten Industrie- und Landarbeitern müssen versichert werden: Hausreiner (Portiers), die als Entgelt nur freie Wohnung erhalten, wenn die Wohnung das Wohnbedürfnis des Beschäftigten und seiner von ihm abhängigen Angehörigen (Ehefrau, unerwachsenen Kinder) übersteigt. Für eine Person ist ein Raum ausreichend. Ehefrauen, die als Hausreinerinnen tätig sind, müssen daher, wenn die freie Wohnung aus mehr als einem Raume (z. B. aus Stube und Küche) besteht und der Ehemann für den Unterhalt der Familie sorgt, versichert werden. Unerheblich ist es dabei, ob der Reinigungsvertrag mit dem Ehemann geschlossen ist.

Lehrlinge — mit Ausnahme der in Apotheken beschäftigten — die an Stelle der Beköstigung oder Wohnung einen Barbetrag erhalten, sind zu versichern. Ein geringfügiges Taschengeld von etwa 50 bis 75 Pf. wöchentlich gilt nicht als Barlohn.

Personen, die im Laufe der Woche bei verschiedenen Arbeitgebern beschäftigt sind, wie Haus- und Musiklehrer, Wasch- und Reinemachefrauen, Aufwärterinnen, sind von dem Arbeitgeber zu versichern, bei dem sie zuerst in der Woche tätig sind. Wenn dieser Arbeitgeber die Markenverwendung unterlassen hat, so hat jeder folgende Arbeitgeber, der den Arbeitnehmer in derselben Weise beschäftigt, die Pflicht, die Marken einzukleben. Demnach muß sich jeder Arbeitgeber, der eine versicherungspflichtige Person nicht während der ganzen Woche beschäftigt, davon überzeugen, ob die Marke bereits verwendet ist.

Angehörige des Arbeitgebers, mit Ausnahme der Ehefrau, sind zu versichern, wenn ein vollwertiges Arbeitsverhältnis vorhanden ist. Dies ist z. B. dann anzunehmen, wenn der Arbeitgeber sonst eine andere Hilfskraft anstellen müßte. Unerheblich ist es, ob das gewährte Entgelt als Taschengeld, Nadelgeld oder dergleichen bezeichnet wird, oder ob der Angehörige später den Betrieb oder das Geschäft als eigenes übernehmen soll.

Auch Ausländer unterliegen unter den genannten Voraussetzungen der Versicherungspflicht, ebenso solche Personen, die bereits Alters- oder Unfallrente, Pension, Wartegelder oder Ruhegehalt aus einer öffentlichen Kasse beziehen. Diese Personen können sich indessen durch den Magistrat, in kleinen Städten durch die Polizeiverwaltung, in ländlichen Orten durch den Gemeindevorstand bzw. Landrat des Kreises von der Versicherungspflicht befreien lassen. Bis zur Befreiung müssen Beitragsmarken verwendet werden.

Von der Versicherungspflicht frei sind solche Personen, die nur zu gelegentlicher Au.hilfe oder nur nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt eine Tätigkeit ausüben. Hierher gehören insbesondere Frauen, die als Milch- oder Backwaren-austrägerinnen oder als Aufwärterinnen nur kurze Zeit beschäftigt werden, während im übrigen der Ehemann für den Unterhalt der Familie sorgt. Im

allgemeinen kann als derartige nicht versicherungspflichtige Beschäftigung eine solche gelten, die nicht mehr als ein Drittel der üblichen Arbeitszeit täglich dauert und deren Entgelt ein Drittel des üblichen Lohnes nicht übersteigt.

Diese Personen sind indessen zu versichern, wenn sie sonst ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit erwerben, wenn z. B. eine Aufwärterin wegen Arbeitsmangels vorübergehend täglich nur zwei Stunden gegen eine Entschädigung von 10 Mk. monatlich beschäftigt ist, während sie sonst mehrere Aufwartstellen versieht.

Die Invalidenrente erhält derjenige, der 26 Wochen lang krank und erwerbsunfähig ist. Es muß indessen vorübergehende völlige oder dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit eingetreten sein, d. h. wenn er nicht mehr imstande ist, ein Drittel desjenigen Lohnes zu verdienen, den er selbst oder andere ihm in körperlicher oder geistiger Ausbildung gleichwertige Personen zu verdienen pflegen.

Voraussetzung für die Erlangung der Invalidenrente ist, daß mindestens für zweihundert Beitragswochen Marken geklebt sind. Von diesen müssen mindestens 100 Marken auf Grund einer *versicherungspflichtigen* Beschäftigung geklebt sein.

Die Versicherung hat dadurch zu erfolgen, daß der Arbeitgeber für jede Woche eine Marke in die Quittungskarte einklebt, auch wenn die Beschäftigung nicht die ganze Woche hindurch gewährt hat. Das Einkleben der Marken hat jedesmal bei der Lohnzahlung zu erfolgen. Bei Hausreineren oder Verwaltenden, die nur freie Wohnung erhalten, sind die Beiträge monatlich zu entrichten. Es genügt nicht, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer den Betrag für die Marke bar aushändigt.

Die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie, d. h. die mit Weberei und Wirkerei, mit der Herstellung der erforderlichen Nebenarbeiten (Spulerei, Scherererei, Schlichterei, Appretierung, Konfektion der Gewebe und Wirkwaren) in ihren Wohnungen beschäftigten Personen, ferner die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation, d. h. die mit der Herstellung und Bearbeitung von Zigarren und anderen Tabakfabrikaten in ihren Wohnungen beschäftigten Personen, müssen die Marken selbst einkleben. Die Fabrikanten müssen bei der Abrechnung den Hausgewerbetreibenden den halben Betrag der eingeklebten Marken erstatten.

Die nicht rechtzeitige Verwendung von Marken wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. bestraft und kann unter Umständen den gänzlichen Verlust des Anspruchs auf Rente sowie aller andern Ansprüche aus der Versicherung nach sich ziehen, nämlich dann, wenn im Laufe von zwei Jahren nach der Ausstellung der Quittungskarte nicht wenigstens zwanzig Marken geklebt sind.

Jede Marke muß beim Einkleben entwertet werden. Die Entwertung geschieht dadurch, daß handschriftlich oder durch Stempel mit Tinte oder einem ähnlichen festhaltenden Farbstoff der Entwertungstag auf der Marke in Ziffern (z. B. für den 1. April 1900: +1. 4. 09-) deutlich angegeben wird. Entwertung durch Bleistift ist unzulässig.

Die Unterlassung der Entwertung und die vorschriftswidrige Entwertung werden mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. bestraft.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich auf dem für seine Arbeitsstelle oder seine Wohnung zuständigen Polizeirevier eine Quittungskarte ausstellen zu lassen und sie dem Arbeitgeber zum Einkleben der Marken regelmäßig vorzulegen. Weigert sich der Arbeitnehmer, sich eine Karte ausstellen zu lassen, so muß der Arbeitgeber, um sich vor Strafe zu schützen, auf dem Polizeirevier an Stelle des Arbeitnehmers die Erteilung einer Quittungskarte beantragen.

Die Versicherten sind in fünf Lohnklassen eingeteilt.

Für diese Einteilung ist der Jahresverdienst des Versicherten maßgebend, welcher nicht dem wirklichen Verdienst entspricht, sondern im allgemeinen nach folgenden Grundsätzen berechnet wird:

Wenn die versicherungspflichtige Person einer der im Krankenversicherungsgesetz vorgeschriebenen Kassen angehört, so gilt als Jahresarbeitsverdienst der 300fache Betrag des für die Krankenkassenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohnes. Gehört z. B. ein Arbeiter der 1. Klasse der Krankenkasse an, deren durchschnittlicher Tagelohn auf 3 Mk. festgesetzt ist, so berechnet sich sein Jahresarbeitsverdienst für die Invalidenversicherung auf $300 \times 3 \text{ Mk.} = 900 \text{ Mk.}$

Für Personen, die einer Krankenkasse nicht angehören, gilt als Jahresarbeitsverdienst der 300fache Betrag des für männliche Arbeiter mit 2,90 Mk., für weibliche Arbeiter mit 1,60 Mk. festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes. Für Dienstmädchen und Aufwärterinnen berechnet sich daher der Jahresarbeitsverdienst auf $300 \times 1,60 = 480 \text{ Mk.}$, so daß also die 20-Pf.-Marke der 2. Lohnklasse, für Portiers, Diener usw. auf $300 \times 2,90 = 870 \text{ Mk.}$, so daß die 30 Pf.-Marke der 4. Lohnklasse zu verwenden ist. Der wirkliche Verdienst ist nur dann maßgebend, wenn im voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und diese höher ist, als der an sich maßgebende Durchschnittsbetrag.

Es sind Marken zu kleben bei einem Jahresarbeitsverdienst bis 350 Mk. Wochenbeiträge 1. Klasse zu 14 Pf., bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 350 bis 550 Mk. Wochenbeiträge 2. Klasse

zu 20 Pf., bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 550 l bis 850 Mk. Wochenbeiträge 3. Klasse zu 24 Pf., bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 850 bis 1150 Mk. Wochenbeiträge 4. Klasse zu 30 Pf., bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 Mk. Wochenbeiträge 5. Klasse zu 36 Pf. Lehrer und Lehrerinnen gehören zur 4. Klasse. Falls ihr Jahresarbeitsverdienst höher ist als 1150 Mk., gehören sie zur 5. Klasse.

Weibliche Versicherte können im Falle der Verheiratung, wenn sie mindestens zweihundert Beitragswochen geleistet haben, den Antrag auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Markenbeiträge stellen. Es ist indessen dringend davon abzuraten, weil sie damit alle Rechte an die Invalidenversicherung verlieren.

Ferner wird denjenigen Versicherten, die Unfallrente beziehen, und infolge des Unfalles dauernd völlig erwerbsunfähig geworden sind, die Hälfte der Invalidenbeiträge zurückerstattet, wenn sie den Anspruch innerhalb zweier Jahre vom Unfalltage an gerechnet geltend machen, bezw. anmelden.

Endlich erhalten die Witwen beim Ableben des Ehemanns, sofern dieser 200 Beitragswochen geleistet hat, die Hälfte der geleisteten Markenbeiträge zurückerstattet. Falls nur Kinder unter 15 Jahren vorhanden sind, erhalten diese den Betrag.

Versicherte, die eine Unfallrente von mehr als 20% beziehen, brauchen keine Beitragsmarken kleben. Ihre Anwartschaft bleibt indessen bestehen.

Die Aufnahme in eine Heilstätte kann von der Versicherungsanstalt gewährt werden. Indessen ein klagbares Recht besteht für die Versicherten nicht. Die Anträge auf Uebernahme des Heilverfahrens sind bei der unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat) zu stellen.

Zur freiwilligen Versicherung ist derjenige berechtigt, der aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, wenn auch nur vorübergehend, ausscheidet.

Um sich die Vorteile aus der Invalidenversicherung zu sichern, sind freiwillig Marken einer beliebigen Lohnklasse zu kleben. Innerhalb zweier Jahre seit dem auf der Quittungskarte verzeichneten Datum müssen mindestens 20 Wochenbeiträge verwendet werden.

Ferner dürfen freiwillig in die Versicherung die folgenden Personen neu eintreten, sofern sie das 40. Lebensjahr vollendet haben:

- Kaufleute, Handelsleute, Gast- und Schankwirte, Handwerker, selbständige Schneiderinnen, Krankenpflegerinnen, sonstige selbständige Gewerbetreibende, vorausgesetzt, daß sie in ihrem Betriebe nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende, die nicht dem Versicherungszwange unterliegen (z. B. in der Konfektions- und Wäschebranche);
- Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen, sonstige Angestellte, z. B. Bureauvorsteher bei Rechtsanwälten, Privatsekretäre, Hausdamen sowie Lehrer und Erzieher, einschließlich der Haus- und Musiklehrer, vorausgesetzt, daß ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als 2000 Mk. beträgt, aber 3000 Mk. nicht übersteigt.

Alle Personen, die freiwillig in die Versicherung eingetreten sind, können diese weiter fortsetzen, auch wenn die Verhältnisse, unter denen sie zum freiwilligen Beginn der Versicherung berechtigt waren, sich verändert haben.

Die für den freiwilligen Beginn der Versicherung notwendigen grauen Quittungskarten werden ebenfalls auf dem zuständigen Polizeirevier kostenlos ausgestellt.

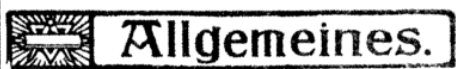
Zur Erhaltung der Anwartschaft aus der Selbstversicherung müssen innerhalb zweier Jahre von dem auf der Quittungskarte verzeichneten Datum ab mindestens 40 Wochenbeiträge verwendet werden. Altersrente erhält jeder ohne Rücksicht auf seine Erwerbsfähigkeit, wenn er das 70. Lebensjahr zurückgelegt und mindestens 1200 Beitragswochen entrichtet hat. Diejenigen, welche beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits das 40. Lebensjahr überschritten hatten, erhalten Altersrente, wenn sie mit dem Beginn des Gesetzes regelmäßig geklebt, und in den Jahren 1888, 1889 und 1890 in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, wofür der Nachweis (Bescheinigung des Arbeitgebers) zu erbringen ist.

Wer Invalidenrente bezieht, kann keine Altersrente beziehen; dagegen kann derjenige, der neben seiner Erwerbsfähigkeit noch die Altersrente bezogen hat, im Falle des Eintritts der Invalidität — also der dauernd völligen Erwerbsunfähigkeit — wenn die Invalidenrente höher ist wie die Altersrente, die Umwandlung der Altersrente in die Invalidenrente beantragen.

Endlich sei erwähnt, daß der Arbeiter, will er sich nicht selbst schädigen, selbst darauf zu achten hat, daß der Arbeitgeber die Marken in die Karte regelmäßig einklebt. Nachkleben von Beitragsmarken ist nur für zwei zurückliegende aufeinander folgende Jahre gestattet.

Anspruch auf Schadenersatz an den Arbeitgeber, der keine Marken klebt, hat der Versicherte nicht. Diesen für die Versicherten sehr ungünstigen Standpunkt hat das Reichsgericht in zwei Fällen zum Ausdruck gebracht. Es handelt sich bei der Invalidenversicherung nicht um ein privates, sondern um ein öffentlich erworbenes Recht. Der Versicherte ist demnach als mitkonkurrierender Schuldiger anzusprechen. Daher werden die Versicherten in ihrem eigenen

Interesse verpflichtet, das regelmäßige Einkleben der Marken zu überwachen.



Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Zur Tarifierreform in den Vereinigten Staaten.

Kürzlich ist der neue Zolltarifentwurf vom Repräsentantenhaus in dritter Lesung mit 217 gegen 161 Stimmen angenommen worden. Damit ist die Frage der Zolltarifreform in ein neues Stadium getreten.

Die amerikanische Konstitution ordnet eine gesetzgebende, eine richterliche und eine exekutive Gewalt an. Die gesetzgebende Gewalt ist der Kongreß der Vereinigten Staaten. Er setzt sich zusammen aus dem Repräsentantenhaus, das 386 Mitglieder zählt, die auf zwei Jahre gewählt werden, und aus dem Senat, dessen 92 Senatoren, aus jeder gesetzgebenden Versammlung der Unionstaaten 2, auf sechs Jahre gewählt werden, und zwar so, daß alle zwei Jahre ein Drittel ausscheidet. Der Senat hat die gesetzliche Befugnis, den vom Repräsentantenhaus beratenen und beschlossenen Gesetzesvorlagen Amendements zuzufügen. Durch diese gesetzliche Befugnis ist momentan das Schicksal der entgeltlichen Gestaltung der Zolltarifreform völlig ins Ungewisse gerückt.

Der Paynesche Tarifentwurf, nach seinem geistigen im Repräsentantenhaus sitzenden Vater Payne sogenannten, ist jetzt zur Beratung im Senat. Die Senatoren haben ihn nach ganz kurzer Beratung der Finanzkommission zur Durchberatung überwiesen. Ihr Vorsitzender, der Senator Aldrich, hat nun den Zolltarifentwurf amendiert; es ist aber in Wirklichkeit ein völlig neuer Tarif, der durch ihn ausgearbeitet worden ist. Dabei ist der Aldrichtarif vorläufig nur ein halber, denn der wichtigste Abschnitt der geplanten Tarifierreform, die administrativen Bestimmungen, fehlen noch völlig. Ueber die Zollsätze des Paynetarif, der als wichtigstes Kennzeichen eine scharf hochschutzzöllnerische Tendenz hat, ist — wie nicht nur in der politischen Hauptstadt Washington, sondern auch in der wirtschaftlichen Hauptstadt New-York, allgemein anerkannt wird — der Senator mit ungleich größerer Sachkenntnis und Routine hergegangen und hat eine ganze Anzahl von Zollsätzen erheblich erniedrigt. Oft so weit, daß sie an den jetzt in Kraft stehenden Dingleytarif wieder heran reichen.

Die graphische Industrie braucht sich aber keinen Illusionen hinzugeben. An dem Abschnitt M. des Paynetarif, »Papiermasse und Papier«, unter dem auch die lithographischen Produkte umfaßt sind, sind sehr wenige Änderungen vorgenommen worden, bei den eigentlich lithographischen Produkten überhaupt nicht; nur Tapeten sind im Zollsatz um 5 cents niedriger eingestellt. Also liegen die Dinge jetzt so, daß die von der »Graph. Presse« kürzlich mitgeteilten Zollsätze auf die lithographischen Produkte als bleibende und aller Voraussicht nach Gesetzeskraft erlangende angesehen werden müssen. Dies noch aus einem anderen Grunde; Senator Aldrichs Tarifentwurf ist in allen seinen Teilen darauf zugeschnitten, die mächtigen Trusts und großen Interessenvereinigungen zu hegen und zu pflegen. Was für eine raffinierte und skrupellose Taktik die Interessenten der amerikanischen Litho-Industrie im allgemeinen und die Postkartenfabrikanten im besonderen getrieben haben, und welche Kräfte sie noch fortgesetzt spielen lassen, zeigten wir ja in dem vorigen Artikel über die Zolltarifreform. Nebenbei mag eingefügt sein, daß Payne nach dem Sitzungsbericht des Repräsentantenhauses von dem Tage, an dem er seinen Tarif einleitend begründete, ganz bewegliche Klage darüber geführt hat, daß sogar von Auburn N.Y. — Herrn Paynes Heimat und der »schönsten Stadt der Welt« — die Ansichten am billigsten aus Deutschland bezogen werden könnten: »Wir

hoffen, der Erfolg der Zollsteigerung wird sein, daß die Masse dieser Karten von den Arbeitern der Vereinigten Staaten angefertigt wird, und nicht von den Arbeitern in Deutschland«. Zu den Sympathien für die Aldrichvorlage hat sehr viel mit beigetragen, daß er es verstand, die Proteste der Amerikaner gegen die »Besteuerung des Frühstückstisches«, und die Verteuerung der Frauenkleidung die in den hohen Zollsätzen Paynes lagen, die sicher eine Steigerung der amerikanischen Inlandspreise im Gefolge gehabt hätten, auszunutzen. Er stellte die Zollfreiheit für Tee, Kakao und Kaffee wieder her, und gab scheinbar dem Petitionssturm der 250 000 amerikanischen Frauen nach, die gegen die gewaltige Verteuerung der Strumpfwaren und Lederhandschuhe protestierten. Er brachte die Sätze des jetzt bestehenden Dingleytarifs wieder in den Entwurf, die über dies schon hoch genug sind, nämlich durchschnittlich 50 bis 60 Prozent. Die Spitze seines Reformtalentes zeigt sich aber in der Beruhigung der Farmer. Diese waren die einzigen, die erstlich eine Zolltarifreform wünschten. Sie verlangten von der privaten Steuer zugunsten der Industrie durch Verteuerung ihrer Kleider und Schuhe, Maschinen, Geräte, Bauhölzer und anderer Bedürfnisse befreit zu werden. Hätte Aldrich diesem Verlangen Rechnung getragen, so hätte er verschiedenen einflußreichen Trustleuten etwas näher rücken müssen, und sein Bestreben ist nach der gegenteiligen Richtung tätig. Er hat den anderen Weg beschritten — er will den Farmern auf ihre Produkte auch Zölle gewähren. Wie aber von Eingeweihten versichert wird, sind die Zölle so, daß sie mehr Trost als wirklichen Ausgleich darstellen.

Am allerwichtigsten an der ganzen Reformbill ist die Abteilung, die die administrativen Bestimmungen festlegt. Sie sind bis jetzt ganz allgemein von der Fachpresse noch viel zu wenig beachtet worden, denn in ihnen liegt eine nochmalige nicht leicht kontrollierbare Zollerhöhung. Aldrich hat bis jetzt den Abschnitt über die administrativen Bestimmungen überhaupt noch nicht bekannt gemacht; sie sollen sicher zu besonderen Beeinflussungen in schwierigen Beratungsmomenten aufbewahrt werden. Wie aber versichert wird, werden sie sehr wenig verschieden sein von den jetzt bekannten des ersten Entwurfes. Nach ihm ist die Feststellung des Wertes nach einer ganz neuen Methode vorgesehen. Bis jetzt werden — und dies ist durch das Handelsprovisorium mit Deutschland besonders festgelegt — Artikel, die nur für den Export hergestellt werden und deshalb keinen wirklichen Marktpreis in der Heimat haben, nach dem Exportpreise abgeschätzt. Dies hat sehr wesentliche Vorteile. Deutschland produziert besonders viele Waren nur für den Export. Da nun die Exportpreise fast immer niedriger sind als die heimischen Marktpreise und zum anderen die Waren bei der Einfuhr nicht willkürlich durch die Beamten auf die Produktionskosten abgeschätzt werden konnten, so hatten die deutschen Exporteure sehr viele Vorteile. Es sollen allerdings auch ganz bedenkliche Unterpreisangaben von Exporteuren gemacht worden sein, die selbstverständlich den Hochschutzzöllnern überm großen Wasser gutes Agitationsmaterial waren und noch sind. Nun, darüber wird noch einiges zu sagen sein, wenn die amerikanische Zolltariffrage erledigt ist.

Man hat nun im administrativen Abschnitt eine Bestimmung für die Waren geschaffen, die im Herkunftslande keinen offenen Markt haben, die nach den Vereinigten Staaten nicht unmittelbar verkauft, sondern an dortige Agenten und Kommissionäre konsigniert werden. Wir bringen den Passus wegen seiner weittragenden Bedeutung in einer genauen Uebersetzung nach dem Original — wir können ja leider nicht mit solch sprachkundigen Mitgliedern rechnen, wie unsere liebe Unternehmerrzeitung, die den Tarifentwurf jüngst in englischer Sprache veröffentlichte. Der Passus lautet:

»Der tatsächliche Marktwert oder Großhandelspreis (nach gesetzlicher Definitive) irgend einer Ware, die zum Verkauf in den Vereinigten Staaten

konsigniert ist oder die im offenen Markte des Ausfuhrlandes nicht wirklich allen Käufern in den üblichen Großhandelspreisen verkauft und uneingeschränkt zum Kaufe ausbezahlt wird, soll in keinem Falle niedriger eingeschätzt werden als zu dem Großhandelspreis, zu dem in den Vereinigten Staaten solche oder ähnliche eingeführte Ware in den üblichen Großhandelsquantitäten allen Verkäufern im offenen Markte wirklich verkauft und uneingeschränkt zum Kaufe angeboten wird, nachdem ein gebührender Abzug gemacht worden ist für den darauf geschätzten Zollbetrag, Transportkosten, Versicherung und andere notwendige Aufwendungen vom Verladungsort zum Lieferungsorte, und eine billige Provision von nicht über zehn Prozent, wenn überhaupt eine solche bezahlt worden ist.

Diesen sprachschönen Passus könnte überdies auch ein deutscher Jurist geschrieben haben. Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß solche nach Amerika an Kommissionäre usw. exportierte Waren nicht mehr nach dem Exportpreis, sondern nach dem amerikanischen Großhandelspreis verzollt werden. Wer wird nun den amerikanischen Großhandelspreis feststellen? Die Fabrikate haben keinen Börsenkurs, Handelskammern oder ähnliche Institutionen gibt es in Amerika nicht, und die Zollbeamten sind alle mehr oder weniger aus persönlicher Leidenschaft Protektionisten; es bleiben nur die amerikanischen Produzenten selbst. Und denen wird man sicher keine Beleidigung sagen, wenn angenommen wird, daß sie möglichst hohe Preise angeben werden; wie würden es denn die lieben deutschen Unternehmer im umgekehrten Falle tun? Dazu kommt, daß die graphische Industrie darunter zu allererst zu leiden haben wird, da ja die Postkartendruckereien seit einiger Zeit eine gut gefügte Organisation haben und in den Berufen, wo solche Interessensvereinigungen, Trusts und Verbindungen bestehen, ist eine Hochrechnung der Produktionskosten am allerehesten durchzuführen.

Alles in allem: Wenn auch noch nichts über das entgeltliche Aussehen des Tarifes gesagt werden kann, wobei aber nochmals betont sei, daß an den Zollsätzen für lithographische Produkte durch den Aldrichtentwurf keine Änderungen vorgenommen worden sind und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die neue Berechnungsmethode von ihm akzeptiert werden wird, so steht doch fest, daß der amerikanische Markt in seiner alten Gestalt mit seiner alten Absatzhöhe unwiderbringlich verloren ist. Es bleibt für die Herren Unternehmer nur ein Weg, und der ist, wie glaubhaft versichert wird, auch schon beschränkt worden; mit Inkrafttreten des Zolltarifes werden in Amerika Zweigfabriken errichtet werden. Es sollen, wie die New-Yorker Handelszeitung schreibt, und wie uns überdies auch von anderer Seite versichert wurde, bereits speziell für lithographische Abzugsbilder und ebenfalls für Sammete und einige andere Produkte die Maschinen bereits zum Transport fertig dalegen. So werden sich zuletzt die Großunternehmer zu trösten wissen. Jetzt werden noch mit Hochdruck Aufträge fertiggestellt. So sind z. B. in Berlin momentan sehr wenige Drucker arbeitslos, während die Zahl der Lithographen 200 erreicht hat. Dann werden drüben Zweigfabriken eingerichtet. Manchen kleineren und mittleren Existenzen wird dabei das Lebenslicht ausgehen und die Arbeiter mögen sehen, wo sie bleiben!

Auch ein Segen der deutschen Zollpolitik, dieser gegen Deutschland gerichtete amerikanische Zolltarif.

K. H.

Ortsberichte.

Leipzig. Am 23. April fand im Volkshaus eine Versammlung aller Sektionen statt. Parteisekretär Genosse Rysel referierte über »Alte und neue Weltanschauung«: Heute stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber, die christlich-dualistische, welche man als alte oder konservative bezeichnen kann, und die sozialistische, die wir als Arbeiterschaft vertreten. Also schon vor der christlichen hatten wir eine Weltanschauung, die griechische, die kulturell viel höher stand als die spätere christliche; ist doch die christliche Ethik von der griechischen Philosophie entlehnt. Erst in neuerer Zeit sind wir davon unterrichtet worden, wie weit die Denkungsweise einiger griechischen Philosophen sich unseren modernen Errungenschaften näherte, aber von einer Fortentwicklung der griechischen

Kultur oder ihrer Erhaltung in der nachfolgenden christlichen Periode kann man nichts feststellen. Denn das ist stets der Grundgedanke des Staates und der christlichen Kirche gewesen, dem Volke so wenig wie möglich Wissen, aber desto mehr Religion zu geben. Aber auch hier wirkte die wirtschaftliche Entwicklung wieder fruchtbringend. In dem Deutschland sich aus einem Agrarstaat zu einem kapitalistischen entwickelte, brauchte das deutsche Unternehmertum eine Arbeiterschaft, die über ein gewisses Maß von Allgemeinbildung verfügt. Daraus erklärte sich auch der nach mehr Wissen und weniger Religion lautende Ruf einiger fortschrittlicher Elemente in den vierziger Jahren. Heute ist das Bürgertum allerdings anderer Meinung; jetzt geht es wieder Arm in Arm mit den Vertretern der christlichen Kirche aus Angst vor der sich immer mehr entwickelnden neuen Weltanschauung, die der Arbeiterschaft durch Marx, Engels und Lassalle übermittelt worden ist. Unsere Aufgabe muß sein, auf diesem Wege weiter zu arbeiten, denn die Befreiung der Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher und geistiger Knechtschaft kann nur das Werk der Arbeiterschaft selbst sein. — Dem Kollegen Kändler, der den Quartalsbericht gab, wurde hierauf Entlastung erteilt. Kollege Herbst warf einen Rückblick auf die Bewegungen des ersten Quartals und bemerkte, daß dieses eines der arbeitsreichsten gewesen ist. In 17 Bewegungen mußte eingetreten werden, so bei Kluge wegen Nichterhaltung der Akkordpreise, desgleichen bei 6 Privatlithographen wegen Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung der 1906 getroffenen Vereinbarungen mit dem Schnitzverbände. Außerdem machte sich noch ein Eingreifen bei Dr. Trenkler, Wittstock, Aristophat, Eschbach & Schäfer und Pinkau notwendig. Unter Verschiedenem gab Kollege Kleemann den Kartellbericht über den Volkshaus-Neubau; beschlossen wurde, den auf jeden Kollegen fallenden Betrag von Mk. 1,50 aus der Lokalkasse zu entnehmen. Den Arbeitslosen, die am Vormittag des 1. Mai die Versammlungen besuchen und den Demonstrationszug mitmachen, wurden 2 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.

München (Lithogr. u. Steindr.). Die letzte Versammlung vom 23. April beschäftigte sich ausschließlich mit internen Angelegenheiten. Unter anderem wurde auch ein Antrag des Kollegen Dürr zugestimmt: »In der »Graph. Presse« die öffentliche Anfrage zu stellen, warum der Hauptvorstand die Schreiben der Verwaltung vom 20. März, 12. April und 20. April bis heute noch nicht beantwortet hat? Die Erledigung einiger Differenzpunkte, auf deren gründliche Behandlung die Verwaltung besteht, wurden der nächsten Versammlung überwiesen.«

Anmerkung: Antworten werden stets dann erteilt, wenn durch die nötigen Umfragen die betreffende Sache geklärt ist.

Der Hauptvorstand.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Aus den Sektionen.

Dresden. In der Monatsversammlung der Lithographenfiliale vom 17. April hielt der Redakteur Grützech einen spannenden Vortrag über Religion und Sozialismus. Er suchte klar zu machen, daß die ökonomischen Verhältnisse für die Religionsysteme aller Zeiten als bestimmende Grundlage anzusehen sind und daß alle Religionsysteme und aller Mystizismus vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung beurteilt werden müssen. Das klassenbewußte Proletariat sei religionslos, nicht religionsfeindlich. Es erkenne, daß die Kirchenreligion der widersinnigen kapitalistischen Wirtschaft angepaßt ist und mit dieser Wirtschaft steht und fällt. Der proletarische Kampf richte sich deshalb vornehmlich gegen die kapitalistische Produktionsweise. In der Diskussion ging der Kollege Saube, nachdem er die Kirchenkultur einer Kritik unterzogen hatte, auf den Monistenbund ein. Der Monismus, die Religion der modernen Bourgeoisie, kenne wohl keinen lebendigen Gott, doch sei er auch mystisch. Er sei geeignet, die Urteilskraft des Proletariats zu lähmen. Auch der Monismus habe seine Wurzeln in den ökonomischen Verhältnissen unserer Zeit. Die Produktionsverhältnisse seien der Bourgeoisie einfach über den Kopf gewachsen. Im Schlußwort bestätigte der Referent diese Ausführungen. Kollege Pöhler erörterte sodann die Frage der Akkordarbeit. Diese habe die Wirkung, die Arbeiter dem ganzen Elend der kapitalistischen Ausbeutung zu überantworten. Die schutzöllnerischen Bestrebungen Amerikas hätten die Frage der Akkordarbeit in der Postkartenthographie jetzt zu einer brennenden gemacht. Die amerikanische Industrie fühle sich durch die Konkurrenz der deutschen Unternehmungen gefährdet. Die gegenseitigen Preisunterbietungen hätten zum Schutzzoll herausgefunden. Die Arbeiter seien die geschädigten. Eine improvisierte Postkartenausstellung mit Preisnotierungen illustrierte diese Aus-

führungen treffend und warf ein grelles Schlaglicht auf die Lebenshaltung der Akkordarbeiter. Im weitem Verlauf der Tagesordnung machte Kollege Pöhler auf den Les- und Diskutierabend aufmerksam, der wöchentlich Freitags stattfindet. Der Besuch könnte besser sein; besonders die Vertrauensmänner sollten Gelegenheit nehmen, ihr Wissen zu vervollkommen. Kollege Richter ermahnte die Kollegen, den Lehrlingen eine anständige Behandlung widerfahren zu lassen. Wir wollten nicht Untergeben in ihnen sehen, sondern künftige Mitkämpfer; weshalb wir sie zu freien Männern erziehen müßten. Nach kurzer Aussprache über diese Angelegenheit im allgemeinen und über die Lehrlingeinstellungen und die Ueberfüllung unsers Berufs im besondern, brachten die Kollegen der Firma Stengel & Co. den Fall des Kollegen Werner vor. Der genannte Kollege, der sonst sehr »aufgeklärt« ist, verstieß gegen den Beschluß einer Geschäftsversammlung, der dahinging, das Ansinen, während der Osterfeiertage Heimarbeit zu verrichten, einmütig zurückzuweisen. Kollege Werner entschuldigte die Uebernahme von Heimarbeit mit großer Notlage. Zudem sei einem andern Kollegen Heimarbeit von den Vertrauensleuten gestattet worden. Die Versammlung, die die vorgebrachten Entschuldigungsgründe zwar als zu durchsichtig zurückwies, aber sich doch davon bewahren wollte, den angeregten Ausschluß des betreffenden Kollegen zu überstürzen, beschloß nach langem hin und her in vorgerückter Stunde, die ganze Angelegenheit der Verwaltung zur Weiterverfolgung zu überweisen. Hierauf wurde die interessante und gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Kupferdr.). Die letzte Monatsversammlung beschäftigte sich nochmals mit dem Fall Schröder. Bekanntlich ließ sich dieser in München einen groben Verstoß gegen die Grundsätze der Organisation zuschulden kommen; deshalb beschloß die Münchener Filiale seinen Ausschluß. Schröder ist inzwischen wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er hat seine Handlungsweise auf das Tiefste bedauert und versprochen, in Zukunft die Satzungen der Organisation zu folgen. — In der Diskussion wurde sein Verhalten von allen Seiten auf das Schärfste verurteilt. Die Versammlung beschloß jedoch, den Kollegen Schröder weiter als Mitglied zu betrachten; ihm aber infolge seines bisherigen Verhaltens auch in Zukunft das allergrößte Mißtrauen entgegen gebracht. Ausgeschlossen wurden die Mitglieder Jeser und Koslowsky laut § 9 Abs. A. Die Mitteilung des Kollegen Wümmel über die erfolgte Organisation der Schriftstecher und Kupfer-Retuschere erreichte in der Versammlung lebhaftes Befriedigung. Durch die Arbeitslosigkeit eines Schriftstechers hat sich jedoch ein Uebelstand bemerkbar gemacht, der zur schnellen Abhilfe drängt. Die kleineren Druckereien haben die Gewohnheit, die einschlägigen Arbeiten dieser Sparte von Sechern und Retuschere des Reichs-Marine-Amts und Generalstabes herstellen zu lassen, zum Nachteil der tarifreuen Gehilfen. In einer Fachauschussitzung soll diese Angelegenheit zur Erörterung gelangen. Ein Vortrag des Kollegen K. Wolff über »Die Entstehung des Kupferstiches und -druckes«, der durch seinen interessanten und lehrreichen Inhalt lebhaften Beifall fand, beschließt die gutbesuchte Versammlung.

Berlin (Lichtdr.). In der am 22. April abgehaltenen Mitgliederversammlung behandelte Kollege Paul Barthel in mehr als einstündigem Vortrag das Thema »Arbeitslosenfürsorge im Gegenwartsstaat«. Er sprach zunächst über die Ursachen der Krise, unter der das Wirtschaftsleben der ganzen Welt schon fast zwei Jahre schwer zu leiden hat, und betonte, daß derartige wirtschaftliche Depressionen auf's engste zusammenhängen mit der gegenwartsstaatlichen, privatkapitalistischen Produktionsweise. Da diese unregelt, wild und anarchisch ist, muß jedem wirtschaftlichen Aufschwung nach der Ueberfüllung des Marktes naturgemäß ein schwerer Rückschlag folgen, der die Fabrikanten zur Produktionseinschränkung, d. h. also zur Entlastung zahlreicher Arbeitskräfte, zwingt. Die Arbeiter büßen also für die Sünden des Kapitalismus durch Massenarbeitslosigkeit, die für sie gleichbedeutend mit Hunger und Elend ist. An der Hand von statistischen Feststellungen kennzeichnet der Referent den ungeheuren Umfang der durch die gegenwärtige Krise hervorgerufenen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für die direkt und indirekt von ihr Betroffenen. Auf Grund der Stellungnahme der Regierungsvertreter und der bürgerlichen Parteien zur Arbeitslosenfürsorge wies er nach, daß der bürgerliche Klassenstaat nichts zur Milderung der Arbeitslosigkeit tut, trotzdem dies er der Stützpunkt der privatkapitalistischen Produktionsweise, die die Not und das Elend verschuldet hat, moralisch dazu verpflichtet wäre. Diese Kulturarbeit überläßt er den Gewerkschaften, die dafür noch von den herrschenden Klassen bei jeder Gelegenheit mit Schutz bewiesen werden. Aber der Gegenwartsstaat tut

nicht nur nichts zur Milderung des Arbeitslosen-stands, sondern er trägt noch direkt zu dessen Vergrößerung bei. Beweis dafür ist die deutsche Zollpolitik, die gleiche Maßnahmen im Ausland ausst, wodurch der deutschen Produktion der Auslandsmarkt verschlossen oder eingeschränkt wird und Tausende deutscher Arbeiter arbeitslos gemacht werden. Weitere Beweise liefert die Steuerpolitik, besonders neben der vorgeschlagenen, aber bereits in der Versenkung verschwundenen Plakatssteuer die geplante Mehrbelastung des Tabaks, die zu einer bedeutenden Produktionserschran-kung und damit zu einer Vernichtung zahlreicher Arbeiter-existenzen führen muß. Wer eine Aenderung in diesem Vernichtungssystem erstrebt, muß sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch betätigen. Nur eine starke Arbeitervertretung in den Parla-menten kann in der gegenwartsstaatlichen Arbeiter-fürsorge Besserungen schaffen, und nur durch die Sozialisierung der Gesellschaft kann das Uebel mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, indem seine Ursache, der Privatkapitalismus, beseitigt wird. Der reiche Beifall bewies, daß die An-wesenden mit Interesse den Ausführungen des Referenten gefolgt waren. Bezüglich der Maifeier wurde beschlossen, daß jeder am 1. Mai arbeitende Kollege mit einem Wochenlohn von über 35 Mk. 1 Mk., alle übrigen 50 Pf. zugunsten eines besonderen Maifonds abzuführen haben. Um den außerhalb Berlins wohnenden Kollegen Gelegenheit zum Ver-sammlungsbuch zu geben, wurde beschlossen, die nächste Versammlung um 1/6 Uhr beginnen zu lassen. Anwesend waren 70 Kollegen.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: Wilib. Hänlein, Berlin N. 28,
Anklamstr. 27, I. - Telefon Amt III, 5246.

Die internationale photographische Ausstellung Dresden 1909.

In wenigen Wochen wird diese Ausstellung, die seit geraumer Zeit von sich reden macht, ihre Pforten öffnen. Alles soll sie enthalten, was mit der Photographie in Verbindung zu bringen ist. Ein Gesamtbild des gewaltigen Ausbreitungsgebietes, das die Lichtbilder sich heute schon erobert hat, soll sie geben.

Nach den Vorbereitungen und den Autoritäten von Kunst und Wissenschaft, sowie hervorragenden Fachleuten, die sich in den Dienst der Sache stellten, ist denn auch kein Stückwerk zu erwarten.

Die Ausstellungsfachheit hat zweifellos an ihr ein erhebliches wirtschaftliches Interesse, sind doch die Aufwendungen, die direkt und indirekt den Unter-nehmern und Handwerkern Dresdens schon jetzt zufallen, ganz ansehnlich. Einige Zahlen mögen dies beleuchten.

Die beteiligten Länder sowie die Ausstellungs-leitung haben allein für bauliche Veränderungen die Summe von 340000 Mk. bei teilweiser Ueber-lasung des Materials ausgeworfen.

Von dieser Gesamtsumme werden verausgabt: für Maurer- und Zimmerarbeiten etwa 235000 Mk., für Tapezierarbeiten ca. 45000 Mk.; 18000 Mk. betragen die Maler- und Anstreicherarbeiten, 4200 Mk. die Dachdecker- und gegen 35000 Mk. die Klempner-, Glaser- und Stukkateurarbeiten, sowie die Aufwendungen für dekorative Ausgestaltung. Selbstverständlich verausgaben die Aussteller selbst ebenfalls beträchtliche Summen. Für gegen 200000 Mk. Arbeiten der Aussteller führen Dresdener Firmen aus, eine Firma allein hat beispielsweise gegen 20000 Mk. an Aufträgen erhalten. Diese Summen setzen natürlich eine große Anzahl Arbeitskräfte indirekt für die Ausstellung in Bewegung, außerdem arbeiten in der Ausstellung selbst zurzeit 150 Maurer und Bauarbeiter, 40 Dachdecker, 200 Zimmerer und 130 Arbeiter verschiedenster Berufe.

Das Porträt- und Landschaftsfach beansprucht natürlich bei den vielseitigen Anwendungsformen, die die Photographie heute gefunden hat, verhältnis-mäßig wenig Platz. Von Dresden stellen unseres Wissens nur 3 Firmen aus, darunter Erfurth und der auf der letzten Ausstellung des Deutschen Photographengehilfenverbandes durch seine aus-gezeichneten Leistungen bekannt gewordene Kollege Wiehr, jetziger Inhaber des früheren Rauppenschen Ateliers. Ateliers werden, soviel verlautet, zwei auf dem Festplatze betrieben. Auch Postkarten gleich zum Mitnehmen werden fabriziert.

Photographie und Reproduktionstechnik sind un-trennbar miteinander verbunden und einen breiten Raum wird daher die Abteilung für Reproduktions-technik einnehmen. Sie ist untergebracht in der von Herrn Architekten Menzel-Dresden erbauten Reproduktionshalle. In den Händen des Deutschen Buchgewerbevereins Leipzig liegt die Leitung. Be-lehrend und erzieherisch will man durch diese Ab-teilung wirken. Die Anordnung der Erzeugnisse geschieht nach Techniken und Leistungen und nicht nach Ausstellern. Es wird dadurch ermöglicht, ein Bild von der Leistungsfähigkeit und dem gegen-wärtigen Stand des Verfahrens zu erhalten. Außer Bildern, die den Werdegang der Druckplatten der

photomechanischen Erzeugnisse in den einzelnen Phasen vor Augen zu führen, wird dem Besucher auch die praktische Arbeit der Reproduktionstechnik vorgeführt werden.

Reges Interesse, besonders im Jubiläumsjahre Darwins, wird die zoologisch-anthropologische Abteilung erwecken. Die Mikrophotographie, be-sonders die Untersuchung des Wassers, sogar mikro-kinematographische Aufnahmen werden erstmalig von verschiedenen Seiten ausgestellt. Die Erforschung des Insektenfluges, die Bewegungen der Muskel-fasern usw. veranschaulichen eine Anzahl der neuesten Reihenbilder. Das moderne Photographieren von Tieren in ihrer natürlichen Umgebung kommt in vortrefflichen Aufnahmen zur Darstellung.

In der anthropologischen Abteilung sind unter anderen zu sehen die Ergebnisse der neuesten Forschung über prähistorische Menschenrassen und ihre Beziehungen zu den jetzt lebenden Ausstral-negern, sowie bestimmten Großaffen.

Auch eine Abteilung für Pathologische Photo-graphie ist auf der Ausstellung zu finden, die alles enthält, was die Heilkunst mit Hilfe der Photo-graphie erreichte. Gezeigt wird hier in umfassender Weise die Röntgenphotographie und auch Röntgen-kinematogramme des menschlichen Brustkorbes. Außerdem enthält diese Abteilung Aufnahmen der normalen und pathologischen Anatomie, der Ohren- und Augenheilkunde, der Geistes-, Nerven-, Haut- und Geschlechtskrankheiten. Drei existierende, außerordentlich komplizierte Methoden veranschauli-chen die Photographie des lebenden menschlichen Augenhintergrundes. Noch eine ganze Anzahl ver-schiedenartiger Aufnahmen zeigen die gewaltigen Erfolge der Photographie in der Heilkunst.

Viel Anklang wird auch die Gruppe Belehrung und Unterhaltung finden, in der analog dem Deutschen Museum in Nürnberg, dem großen Londoner Museum und der Berliner Urania Apparate ausgestellt werden, die das Publikum selbst zu be-dienen in der Lage ist. Die Apparate führen ein in die Grundgedanken der photographischen Optik, der Farbenlehre, der photographischen Prozesse usw. Die Gruppe wird zusammengestellt von den Herren Dr. Goldberg, Kgl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, Dr. Scheffer, Firma Karl Zeiß-Jena und dem photographischen Institut des Dresdner Kgl. sächs. Polytechnikums.

Die Fertigstellung der Ausstellung schreitet rüstig vorwärts. Das Vergnügungssack hat bereits Formen angenommen, die das lebliche Bild eines kleinstädtischen Marktes der Wirklichkeit näher bringen. Der Verkehr gestaltet sich täglich leb-hafter, denn aus allen Teilen der Welt laufen die Ausstellungsgüter ein. Selbst lebendes Ausstellungs-material fehlt nicht. So sind die zur Ausübung der Brieftaubenphotographie erforderlichen Tauben ein-getroffen, die in zwei originellen Ställen der Auf-gaben harren, die ihnen während der Ausstellungs-dauer bevorstehen.

Bald beginnt der Verkauf von Dauerkarten, der sich mit Rücksicht darauf, daß den Dauerkarten-inhabern zahlreiche Ermäßigungen beim Besuch der einzelnen Sehenswürdigkeiten, wie Sternwarte, Aus-stellungstheater, Kaiserpanoramen usw. geboten werden, äußerst lebhaft gestalten dürfte. R. D.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Lino-leum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

Bekanntmachung.

Zur Auskunftserteilung für Formstecher und Drucker.

Obwohl für alle übrigen Berufe des Verbandes bei jedem Stellungswechsel die Benützung der An-frage- und Auskunftskarte vorgeschrieben ist, ist solches bei denjenigen Formstechern und Druckern keine Vorschrift, welche durch den Arbeitsnachweis der Formstecher und Drucker die Stellung ver-mittelt erhielten.

Nur solche Formstecher und Drucker, welche ihre Stellung ohne Benützung des Arbeitsnachweises wechseln, haben die Pflicht, sich vor Annahme einer Stellung über die Lohn- und Arbeitsbedin-gungen bei dem betreffenden Ortsvorstand zu erkundigen.

Alle Formstecher und Drucker, welche die neu-angetretene Stellung durch den Arbeitsnachweis erhalten haben, erhalten somit ohne Vorlegung einer Auskunftskarte ihre statutgemäße Relasunter-stützung, während alle übrigen Formstecher und Drucker eine vorschriftsmäßige Auskunftskarte beim Empfang der Unterstützung vorlegen müssen, durch die erwiesen ist, daß sie nicht zum Lohndrucker geworden sind.

Der Hauptvorstand: Die Zentralkommission:
I. A. Otto Sillier. I. A. C. Schubart.

Eine bedeutsame Tagung.

Während der Osterfeiertage fand in Reichenberg in Böhmen eine Konferenz der Drucker und Form-

stecher Oesterreichs statt, die fast von allen Vereinen dieser Branche besichtigt war. Genosse Hampel-Reichenberg eröffnete die Konferenz mit einer herzlichen Begrüßung der erschienenen Delegierten und Gäste und gab bekannt, daß 28 Delegierte aus Böhmen, 8 aus Niederösterreich und 6 aus Deutschland anwesend seien. Die Union der Textilarbeiter Oesterreichs hatte die Genossen Hanusch und Hübnier delegiert. Außerdem war noch eine große Anzahl Gäste anwesend. Nach der Wahl des Büros folgten die Begrüßungsansprachen der Dele-gierten Janovki für die Nordböhmisches Gewerk-schaftskommission, Schiller für die Kreisvertretung Reichenberg, Weykopf und Welner-Berlin für die Formstecher, Tapeten-, Wachstuch- und Lino-leum-drucker im Deutschen Senefelder-Bund, Irmscher-Penig für die Drucker im Deutschen Textil Arbeiter-verband, Kopesky-Reichenberg für die tschechische Gewerkschaftskommission und Kopetzki-Wien für die Sektion der Formstecher im Oesterreichischen Metallarbeiterverband.

Unter Punkt I, *Berichte*, erstatteten die Delegierten Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihren Kommissionen. Darnach sind die Verhältnisse in den Druckorten so verschieden, wie wohl in keiner anderen Branche. Alle Redner sprachen den Wunsch aus, daß die Arbeitsbedingungen doch endlich einheitlich gestaltet werden möchten.

Ueber Punkt II, *Organisation und Taktik*, referierte der Genosse Hanusch. Er sagte: Die Konferenz sei einberufen worden auf Wunsch jener Drucker, die einsehen gelernt haben, daß die Zer-splitterung der Drucker und Formstecher in Vereinen und Vereinen doch endlich einmal einer Zentral-organisation Platz machen müßte. Wohl sind einige Delegierte mit gemischten Gefühlen hierher ge-kommen, weil sie fürchten, die ihnen so ans Herz gewachsenen alten Vereine zu verlieren. Doch davon sei hier keine Rede.

Diese Unterstützungsvereine sollen nicht zer-trümwert werden; gegen deren Weiterbestand haben wir nichts einzuwenden. Aber wir müssen darauf auf-merksam machen, daß sie mit diesen kleinen Vereinen nicht in stande sind, auch nur den geringsten Fortschritt zu machen. Heute in einer Zeit, wo sich die Unternehmer im Verbands der Industriellen eine einheitliche Organisation ohne Unterschied der Nation und Branche geschaffen haben, bedürfen die Arbeiter einer ebenso einheitlichen Organisation notwendiger denn je. Der Referent zeigte an der Hand von Beispielen, wie kleine Gruppen, die sich erst vor kurzem der Union angeschlossen haben, in der kürzesten Zeit Erfolge zu erringen in stande waren. Während die kleineren Organisationen nur geringe Mittel zum Kampfe haben, kann durch den Anschluß an große Organisationen leichter die Hebung der Lebenslage dieser Gruppen erkämpft werden. Die Drucker Niederösterreichs, die der Union bereits angehören, haben sich dadurch bereits einen Lohnstarif errungen, ebenso die Färber in Wien und anderen Orten mehr. Bei dem günstigen Umstände, daß von 1100 auf der Konferenz ver-tretenen Druckern über 900 — allerdings in den verschiedenen kleinen Vereinen — organisiert sind, müßten ganz andere Löhne, andere Verhältnisse bestehen, wenn diese organisierten Drucker einer größeren Organisation angehören würden. Nur diese ist in der Lage, Kämpfe durchzuführen. So haben diese Arbeiter wohl Unterstützungs- und Krankenversicherungsvereine, aber keine Kampf-organisation. Doch diese Organisation können die Drucker und Formstecher leicht haben, wenn sie der Union beitreten. Hierauf wurde folgende Resolution vorgelegt:

»Die veränderte Produktionsform in den Drucke-rien durch die Anwendung von Maschinen und das Heranziehen von weiblichen Arbeitskräften, um billiger produzieren zu können, zwingt die Hand-drucker zu immer größerer Arbeitsleistung, ohne dafür dementsprechend entlohnt zu werden. Obwohl der Drucker eine lange Lehrzeit durchzumachen hat, sinkt er doch immer mehr zum Hilfsarbeiter herab. In Anbetracht dieser sich immer mehr verschlechternden Verhältnisse, ist es unbedingt notwendig, eine einheitliche Organisation zu schaffen, um einerseits weitere Verschlechterungen hintenan zu halten, und andererseits die Lohn- und Arbeits-verhältnisse zu verbessern. Indem von den Zentral-verbänden die Union der Textilarbeiter die ge-eignete Organisation für Drucker und Formstecher in Oesterreich ist, andererseits schon ein großer Prozentsatz der Drucker und Formstecher hierin organisiert ist, beschließt die Konferenz durch eifrige Agitation dahin zu wirken, daß die Drucker und Formstecher der Union der Textilarbeiter Oesterreichs beitreten.«

Nach Uebersetzung der Rede und Resolution ins Tschechische setzte eine lebhaft Debatte ein, an der sich alle Delegierten beteiligten. In seinem Schlußwort wies der Genosse Hanusch noch auf die Notwendigkeit der großen Zentralorganisation bei Lohnbewegungen hin, die den Druckern und Formstechern schon bei ganz kleinen Streiks sehr zu ihrem Nachteil fehlte. Je weiter die Ent-wicklung schreitet, desto geringer und notwendiger bedürfen die Arbeiter der großen und starken Organisation. Mit dem Vorurteilen und dem Kasten-geist müßte aufgeräumt werden und es sei gerade bei den Druckern und Formstechern hoch an der Zeit, sich eine moderne Organisation zu schaffen, sollen die ohnedies schlechten Verhältnisse nicht

noch schlechter werden. Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Die folgenden weiter gestellten Anträge werden mit allem gegen eine Stimme angenommen:

Die Konferenz beschließt: Sobald der Beitritt der Drucker und Formstecher zur Union der Textilarbeiter erfolgt ist, wird je ein Komitee in Böhmen und in Niederösterreich gebildet. Diese Komitees haben sich mit der Ausarbeitung eines Lohntarifes zu befassen. Sobald die Arbeiten fertig, kommen die Komitees zu einer Besprechung zusammen, um sich endgültig für einen Lohn tarif zu entscheiden.

Die Union der Textilarbeiter Oesterreichs verpflichtet sich, in allen Orten, wo Druckereien und Formstechereien sind, für diese Branchen Ortsgruppen zu gründen.

Beim Punkt III, *Lehrlingswesen*, erstattete Genosse Hübner-Wien einen kurzen Bericht, der sich mit den Uebelständen des Lehrlings- und Hilfsarbeiterwesens beschäftigt. Es wurde der Antrag gestellt, diesen Punkt ebenfalls der Lohnkommission zur weiteren Ausarbeitung zu überweisen. Nach langer Debatte, an der alle Delegierte regen Anteil nahmen, wurde auch dieser Antrag angenommen.

Unter Punkt IV, *Eventuelles*, gelangten noch einige interne Angelegenheiten zur Erledigung, worauf Genosse Hampel in einer kernigen Schlussrede, die in ein Hoch auf die Zentralorganisation ausklang, die Konferenz schloß. Hoffen wir, daß sie zu einem festen Zusammenschluß unserer österreichischen Kollegschaft beigetragen haben möchte, durch die konsequent an einer Verbesserung der Lage gearbeitet werden kann. W.-f.

Zum Streik in Langenhagen.

Man braucht doch einem Arbeiter kein Zeugnis zu geben! Diese Behauptung stellte der Inhaber der Norddeutschen Tapetenfabrik in Langenhagen auf. Er mußte sich jedoch vom Vorsitzenden des Gewerbezweiges dahin belehren lassen, daß auch Arbeiter Anrecht auf ein Zeugnis haben. Diese Belehrung kostete der Firma 60 Mk., welche zwei ausgesperrte Kollegen als Schadenersatz erhielten, weil ihnen ihr Zeugnis verweigert worden war.

Bevor in die eigentliche Versammlung eingetreten wurde, verlas Herr Breimer, Mitinhaber der Firma, ein mehrere Seiten langes Schreiben, in welchem die soziale Fürsorge für seine Arbeiter in den rosigsten Farben geschildert war. Auch von einer treuen, ergebenen, willigen Arbeiterschaft war die Rede. Nur die Organisation, der Verband habe kein Mittel unversucht gelassen, seine treue Arbeiterschaft aufzuheizen. Hierbei entschlipfte dem Herrn das Geständnis: Diese Differenz kostet uns sehr viel Geld. Nach eigenen Angaben des Chefs soll der Betrieb in vollem Umfange aufrecht erhalten sein, und doch große Verluste? Sollten etwa die neu engagierten Kräfte doch nicht solche brauchbare Elemente sein, obwohl sie bedeutend höhere Löhne bekommen, als die alte, treue Arbeiterschaft? Zum Schluß machte Herr Breimer noch den Vertreter der klagenden Tapetendrucker für die Not und das Elend, welches unabdinglich über die reudigen Schafe ausbrechen wird, verantwortlich. Treffend erhielt er aber von einem Streikenden die Antwort: Im vorigen Jahre habe ich 9 Wochen Arbeitslosen- und 12 Wochen Krankenunterstützung bezogen; ich hätte mit meiner Familie hungern müssen, wenn ich nicht eine Stütze am Verband gehabt hätte.

In drei weiteren Klagen steht das Urteil noch aus. Jedoch wird die Firma durch ihr gesetzwidriges Vorgehen die Anzahlung der Unterstützung an die Streikenden für die ersten beiden Wochen übernehmen müssen.

Im übrigen dauert der Streik unverändert fort. Vollwertige Ersatzkräfte hat die Firma nicht bekommen können. Darum nochmals: Unterstützt eure kämpfenden Kollegen, haltet Zuzug nach Langenhagen bei Hannover fern! G. Br.

Aus den Sektionen.

Coswig i. S. In unserer letzten Versammlung erstattete Kollege Weykopf-Berlin bei Gelegenheit seiner Rückreise von der österreichischen Formstecher- und Druckerkonferenz einen ausführlichen Bericht über diese Tagung. Den 1/2 stündigen Ausführungen, deren Wiedergabe sich erübrigt, weil ein besonderer Bericht über die Konferenz in der „Gr. Pr.“ erscheint, wurde mit regem Interesse gefolgt. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ wurde der bereits von einer früheren Versammlung einstimmig angenommene Beschluß des Vorstandes, daß jedes Mitglied 1,30 Mk. Wochenbeitrag zu leisten habe, bekannt gegeben. Es wurde betont, daß es jedenfalls

praktisch gewesen wäre, wenn der Hauptvorstand den diesbezüglichen Beschluß durch die Presse bekannt gegeben hätte. Zum Schluß wurde noch gewünscht, daß die Unregelmäßigkeiten in der Zeitungslieferung abgestellt werden möchten.



Feuilleton.

Vom Urtier zum Menschen.

[Nachdruck verboten.]

VI.

Die embryonale Entwicklung des Menschen als Zeugnis seiner tierischen Abstammung.

Noch über die Menschenaffen hinaus, deren nahe Verwandtschaft mit dem Menschen wir in dem letzten „Mensch und Affe“ beitelten Aufsätze behandelten, führen uns die täglich aufs neue erstehenden und gar nicht mehr mißzudeutenden Zeugnisse unserer tierischen Abstammung, die von der Embryologie, der Wissenschaft von der vorgeburtlichen Entwicklung des Menschen und der Tiere, erbracht werden. Wie nebelhafte Erinnerungsbilder an die harten Kämpfe der Vorzeit tauchen während unserer Entwicklung im Mutterleibe fast alle die Veränderungen wieder auf, denen der Mensch im Laufe seiner Stammesgeschichte unterworfen war, bereide Zeugen einer längst dahingeschwundenen Zeit, uralte Ahnenbilder, die wir mit Ehrfurcht betrachten müssen.

Wie anders auch, denn als Ahnenbilder, als Erinnerungen aus den frühesten Tagen der Menschwerdung, sollte man die so mannigfaltigen embryonalen Bildungen deuten, die der Mensch zu den verschiedenen Zeiten seines vorgeburtlichen Werdens aufzuweisen hat, die an sich in jenem Entwicklungsstadium völlig zwecklos sind und kaum entstanden, auch alsbald wieder verschwinden oder sich verändern? Wie anders, denn als zäh bewahrte Erinnerungen an unsere tierischen Vorfahren, als Ueberbleibsel aus einer Zeit, da diese Vorfahren ihrer noch beduften, sind ferner die zahlreichen sogenannten rudimentären oder zurückgebildeten Organe, wie der Blinddarm, die Muskeln der Ohrmuscheln usw. zu deuten, jene Organe, die teils ständig noch in unserem Körper vorhanden sind, teils als „Atavismus“, als Rückschlagform nur in einem gewissen Prozentsatz von Individuen wieder auftreten?

In seinem „biogenetischen“ Grundgesetz formulierte Haeckel die Bedeutung dieser überraschenden Ergebnisse embryonaler Forschung für die Abstammungslehre folgendermaßen: „Die vorgeburtliche Entwicklung oder Keimesgeschichte eines Lebewesens (Ontogenie) ist eine kurze und schnelle Wiederholung der Stammesgeschichte (Phylogenie), bedingt durch die physiologische Funktion der Vererbung und Anpassung.“ Mit anderen Worten: Ein jedes Lebewesen höherer Organisation wiederholt im Laufe seiner vorgeburtlichen Entwicklung fast alle diejenigen Formen, welche die niedriger stehenden Organismen, von denen es seinen Stammbaum herleiten muß, zelllebens beibehalten. Wie alle Lebewesen einmal vor Jahrmillionen aus einer einfachen Zelle, gleich jenen noch heute im Wasser zu Milliarden lebenden Urtieren, entstanden sind, so durchläuft auch der werdende Mensch als Eizelle noch einmal dieses Urantastadium alles Lebens, um dann die Hohlblasen- oder Blastula- und darauf die den niederen Polypen ähnliche Urmagen- tier- oder Gastrula-Form schnell passierend, während seines Embryonallebens fast die ganze Stufenleiter tierischer Entwicklung, in jedem Stadium ein anderes Verwandtschaftsverhältnis zu noch lebenden Organismen dokumentierend, aber niemals den tierischen Ursprung verleugnend. So durchläuft der Mensch in seiner vorgeburtlichen Entwicklung, nachdem er die polypenähnliche Gastrula-Form passiert hat, eine Form, die durch ihre längliche, walzenförmige gliedmaßen- und knochenlose Gestalt an einfache Würmer erinnert. Darauf erscheint eine Form, die ausgesprochen fischähnlich ist, indem sie kiemenbogen- und kiemenspalten-ähnliche Bildungen am Halse, erst flossenähnlich angedeutete Gliedmaßen, ein Fischerz, Fischhirn usw. aufweist. Auf diese folgt dann eine in gewissen Merkmalen

den Lurchen (Molchen) und dann den Eidechsen (Reptilien) ähnliche Form, die dann von Bildungen, die den niederen Säugetieren ähneln, abgelöst werden, um schließlich durch eine den Menschenaffen in der Haarbekleidung ähnliche fötale Form zu der eigentlichen Menschengestalt hinüber zu gleiten.

Warum geschieht das alles? Warum ist der Mensch unter anderem in seinem vorgeburtlichen Werden erst einmal den Urtieren, dann durch Uebergangsformen den niederen Polypen, darauf den Wärmern, Fischen, Molchen, Eidechsen, niederen und höheren Säugetieren, (wie z. B. den Menschenaffen in seiner vorgeburtlichen Haarbekleidung) ähnlich, ehe er die Menschengestalt erreicht? Diese Tatsachen werden nur verständlich, wenn wir annehmen, daß der Mensch durch bestimmte Vererbungsgesetze gezwungen ist, — wie übrigens auch jedes andere Tier — in seinem vorgeburtlichen Werden seine Urstufen in stammesgeschichtlicher Folge noch einmal schnell zu durchlaufen. Weil im Laufe von vielen, vielen Jahrmillionen aus Urtieren niedere Polypen, aus diesen niedere Würmer, aus diesen durch die Uebergangsform der Lanzettler-Ähnlichen niedere Fische, aus diesen Molche, dann Eidechsen, darauf niedere und aus diesen höhere Säugetiere, wie z. B. die Affen und aus diesen die Menschen entstanden, deshalb muß jeder einzelne Mensch diese Stufenleiter, die im tierischen Entwicklungsgange allmählich zur Menschenform hinführte, noch einmal in seiner embryonalen Entwicklung wiederholen.

Aber auch über den Weg, den die Umbildung nimmt, hat uns die vergleichende Embryologie wichtige Aufschlüsse erteilt. Klein und unscheinbar in ihrem ersten Auftreten prägen sich die Veränderungen von Generation zu Generation stärker aus und fixieren sich nach den Gesetzen der Vererbung und der Auslese in immer bestimmter Weise. Es existieren also verschiedene Gradstufen der Rückbildungsprozesse. Zunächst gerät ein Organ im erwachsenen Zustand ins Schwanken, hierauf kommt dies schon in vorgeburtlicher Zeit zum Ausdruck, dann tritt das Organ nur noch in einem gewissen Prozentsatz der Individuen als Rückschlag oder Atavismus auf, endlich bleibt auch letzterer aus und jede Erinnerung ist verloren. So mannigfaltig und so verschieden gerichtet nun auch diese Veränderungen sind, ein Grundzug ist ihnen allen gemeinsam, und das ist das Bestreben, alles Unnötige, alles Ueberflüssige soweit nur immer möglich abzustreifen, um so für weitere Ausbildung Platz zu schaffen. Einer großen Anzahl von Vorteilen, die seine Vorfahren besaßen, ist der Mensch im Laufe seiner Entwicklung verlustig gegangen, aber er hat dafür weit bedeutenderes eingetauscht: die unbegrenzte Bildungsfähigkeit seines Gehirns, die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Hand und die artikulierte Sprache haben jene Verluste reichlich wett gemacht. Auch heute noch dauern diese Veränderungen fort, und so wird der Mensch der Zukunft wieder ein ganz anderer sein als der heutige.

Vor diesen lebenden Zeugnissen für die Vergangenheit des Menschen, die uns die Embryologie gibt, müßten die Gegner der Entwicklungslehre die Waffen strecken, sofern ihrem Kampfe gegen die neue Lehre nicht andere Gründe als nur das Streben nach Wahrheit zugrunde liegen würde. Solcher Gründe gibt es freilich viele; nur einer, der älteste und stärkste, sei hier genannt: Der anthropozentrische Aberglaube. Von Kindesbeinen an wurde uns nämlich gelehrt, im Mittelpunkt der ganzen Welt stehe der Mensch. Das ist aber eine Irrlehre, die für die rechte Erkenntnis der Dinge ebenso verhängnisvoll war, wie es jene erst von Kopernikus und Newton entthronte „geozentrische Lehre“ war, die da predigte, die Erde sei der Mittelpunkt des Weltalls, um den sich alles drehe.

Nicht losgelöst von seiner Umgebung, gleichsam ein Ueberirdisches, ein Halbgott, sondern nur der Erste der Ersten steht der Mensch mit festen markigen Knochen auf der wohlgegründeten, dauernden Erde, deren letztes und höchstes tierisches Entwicklungsprodukt er ist. M. H. Baese.

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellengesuche

Tüchtiger Auto-Aetzer für Schwarz und Farben sucht Stellung. Offerten erb. W. Drechsler, Hauptpostamt Leipzig. [0,60]

Stellenangebote

Retuscheure,

speziell für Maschinenretusche, zum sofortigen Antritt gesucht. [2,40]

J. G. Scheffer & Giesecke, Leipzig, Brüderstr. 26/28. Reproduktionsanstalt.

Die Firma **Henri Doupage & Cie**, 9 rue du château, Evere lez Bruxelles, sucht folg. Xylographen:

Einen Modeschneider, einen Belletristiker und einen Techniker.

Die Herren sind gebeten, ihre Gehaltsansprüche und Proben an obenhinweisende Adresse gelangen zu lassen. [1,50]

Verschiedenes

Sommerfrische.

Tambach in Thür. bei Gotha, Nesselbergstr. 89 g. Empfehle werten Kollegen zur Erholung angenehme ruhige Sommerfrische, 1 Minute vom Wald entfernt. Preis: die Woche Mk. 6 mit Kaffee, ganze Verpflegung den Tag Mk. 3. Hochachtungsvoll Hugo Linz.